

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Höchste Zeit für Schritte nach vorn
Caspar Einem

Das Trennbankensystem der USA – eine Alternative?
Josef Falkinger

Busbahnhof, Flughafen und Fußball-WM
Bernhard Leubolt

Ist Deutschland das bessere Österreich?
Markus Marterbauer

4,50 Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kasererhofgasse 305/3, 1110 Wien, 142040222 M, Nr. 7&8/2015



HyperAmerika
Kunsthhaus Graz

PLUS Akzente.

EDITORIAL

Wenn zwei das Gleiche tun, ist es für viele MedienmacherInnen nicht dasselbe: Als in Wien Finanzstadträtin Renate Brauner im Frühjahr ankündigte, auf die gesetzlich zulässige Valorisierung von Gebühren zu verzichten, da klagten ZeitungskommentatorInnen diese Maßnahme als böses »Wahlkampfzuckerl« an. Als Finanzminister Schelling Mitte Juli zur selben Ankündigung schritt, waren solche Klagen in den Kommentaren nicht zu lesen. So verzückt waren die AutorInnen von der zeitgleich angekündigten Arbeitsgruppe, die bis 2017 überlegen soll, wie die kalte Progression abgeschafft werden soll, dass der Gedanke an Wahlkampfaktik gar nicht erst aufkommen wollte.

Auch die Innenministerin profitiert von dieser bemerkenswerten Zurückhaltung. Dass die zuständige Johanna Mikl-Leitner hunderte AsylwerberInnen zuerst in Zelte steckt und dann überhaupt obdachlos werden lässt, scheint nicht weiter aufzuregen. Nicht einmal ihre Ankündigung, in Österreich befindliche AsylwerberInnen erst einmal monatelang warten zu lassen, bevor die Bearbeitung ihres Antrags begonnen wird – was für ein Druckmittel gegenüber den anderen EU-Ländern! – hat größere Aufregung verursacht. Dabei ist diese mut- und böswillige Verschleppung vor dem Hintergrund der gebetsmühlenartigen Beteuerung bei jeder Asylrechtsnovelle der letzten Jahre, dass Verschlechterungen für AsylwerberInnen im Verfahrensrecht durch den Zweck beschleunigter Asylverfahren geheiligt sei, besonders pikant. Es gibt für dieses Versagen auf allen Ebenen im Grunde zwei Erklärungen: Entweder treibt die Innenministerin ein diabolisches Spiel und will das Asylthema groß machen – dann wäre sie rücktrittsreif, weil sie auf Kosten traumatisierter Menschen politisches Kapital schlagen will (und dabei noch dazu nur der FPÖ hilft). Oder sie ist tatsächlich seit Monaten nicht in der Lage das Problem zu lösen – auch das spricht eigentlich nicht für einen Verbleib in diesem oder einem anderen politischen Amt. Nicht so bei uns: Tu felix Austria inferior – die ÖVP handelt die Innenministerin bereits als potenzielle Pröll-Nachfolgerin!

Gerade um selbst wieder verstärkt das Heft des Handelns in die Hand zu bekommen und solche skandalösen Vorgänge nicht nur in den Seilen hängend zu beobachten, ist die Sozialdemokratie gefordert: **Caspar Einem** knüpft an den Beitrag von **Julia Herr** in ZUKUNFT 06/2015 an und entwickelt Vorschläge, auf welcher inhaltlichen Grundlage die Sozialde-

mokratie Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit wiedergewinnen könnte.

Vor dem Hintergrund der ungebremsten Aufblähung des Finanzsektors setzt sich danach **Josef Falkinger** mit dem historischen Vorbild des Trennbankensystems auseinander. Er argumentiert, dass die grundsätzlich sinnvolle Entkoppelung von Geschäfts- und Investitionsbanken scharfer und restriktiver Regulationen bedürfe, der aussichtsreichste Ansatz zum Gelingen aber letztlich in der Gemeinnützigkeit eines demokratisch kontrollierten Geschäftsbankensektors liege.

Ludwig Dvořák wirft einen kritischen Blick auf die Auswirkungen des in der Nacht vom 12. auf den 13. Juli erzwungenen Griechenland-Pakets.

Heinz Kienzl argumentiert in seinem Beitrag, warum Griechenland in erster Linie eine Diversifizierung der eigenen Wirtschaft braucht.

Die Perspektiven von Entwicklungsbanken und ihre derzeit eingeschränkte Rolle bei der Infragestellung der Dollar-Hegemonie sind der Gegenstand einer Analyse von **Stefan und Andreas Brocza**.

Bernhard Leubolt stellt die politische Lage in Brasilien dar und zeigt die Hintergründe der aktuellen sozialen Auseinandersetzungen in ihrer historischen Bedeutung auf.

Thomas Riegler präsentiert mit dem Buch »Das schmutzige Geld der Diktatoren« von Florian Horcicka die dunklen Seiten des Finanzplatzes Wien.

Nach einer Besprechung von **Karl Czasnys** erkenntnistheoretischem Buch »Die letzten Undinge« befasst sich zum Abschluss **Markus Marterbauer** mit den Hintergründen der zuletzt oft behaupteten »Überholspur« der deutschen Wirtschaft.

Wir wünschen einen erholsamen Sommer!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Richard McLean, «Rustler Charger», 1971
Öl auf Mischgewebe, 167 x 167 cm, Foto
© museum moderner kunst stiftung ludwig
wien, Leihgabe der Österreichischen Ludwig
Stiftung, seit 1981

- 6 **Höchste Zeit für Schritte nach vorn**
VON CASPAR EINEM
- 10 **Das Trennbankensystem der USA –
eine Alternative?**
VON JOSEF FALKINGER
- 18 **Nach der Kapitulation**
VON LUDWIG DVOŘÁK
- 20 **Eine gescheiterte Strategie**
VON HEINZ KIENZL
- 22 **Kein Ende der Dollar-Hegemonie**
VON STEFAN BROČZA UND ANDREAS BROČZA
- 28 **Busbahnhof, Flughafen und Fußball-WM**
VON BERNHARD LEUBOLT
- 34 **Die dunkle Seite des Finanzplatzes Wien**
VON THOMAS RIEGLER
- 40 **Erkenntnistheorie**
VON LUDWIG DVOŘÁK
- 42 **Ist Deutschland das bessere Österreich?**
SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Höchste Zeit für Schritte nach vorn

Caspar Einem unternimmt unter Bezugnahme auf den Beitrag von Julia Herr in ZUKUNFT 06/2015 den Versuch, einige Ansätze neuer sozialdemokratischer Politik zu skizzieren.

An Julia Herrs Beitrag in der ZUKUNFT 6/2015 unter dem Titel »Keine Zeit zu verlieren, um die Sozialdemokratie zu retten«¹ lässt sich anknüpfen. Die Analyse und Bewertung überzeugt. Nicht so überzeugend, aber von ebenso zentraler Bedeutung, sind manche der von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen: »...Verstaatlichung und Verkleinerung des Finanzsektors, ... andere Bildungspolitik, Investitionen in das Bildungs- und Sozialsystem, Mietbegrenzung, ... demokratische Kontrolle großer Unternehmen...«.

Wovor wir uns hüten sollten, sind markante Forderungen, ohne irgendeine Perspektive der praktischen Umsetzung in absehbarer Zeit (vgl. dazu etwa die Forderung nach Wiedereinführung einer Vermögenssteuer – allenfalls nur für Reiche – im Zuge der Steuerreformdebatten). Daher scheiden schon an dieser Stelle die Elemente »Verstaatlichung und Verkleinerung des Finanzsektors« und »demokratische Kontrolle großer Unternehmen« vorläufig aus, mögen sie auch durchaus sinnvoll sein.

Die Sozialdemokratie muss, will sie Zukunft haben, Erzählungen anbieten, die den anzusprechenden WählerInnen deutlich machen, worum es uns geht und warum das unser Weg ist. Darin knüpfe ich auch an meinem eigenen Beitrag in der ZUKUNFT 6/2015² an. Auch in der Frage, ob die SPÖ mit der FPÖ regieren können soll, reicht es nicht, die FPÖ als möglichen Koalitionspartner auszuschließen. Die Spitzen der SPÖ müssen wissen und auch darüber sprechen, warum das nicht in Betracht kommt – und sich in der Folge daran halten (das gilt auch für das selbsternannte »Bollwerk« gegen die FPÖ Darabos).

Kurz: Es geht um dreierlei: um überzeugende Erzählungen und begründete Perspektiven und es geht um Glaubwür-

digkeit. Ohne diese drei Elemente gibt es keine politisch relevante Zukunft für die SPÖ.

BEISPIELE FÜR ERZÄHLUNGEN

1. In diesen Tagen (15. Juli 2015) drängt sich das Griechenland-Thema auf. Griechenland ist soeben von den Europartnern bewusst und unverantwortlich gedemütigt worden und zugleich haben sie auch noch die griechische Demokratie ausgehebelt. Zu allem Überfluss aber gibt es keinen relevanten Ökonomen, der dieses Diktat für wirtschaftlich sinnvoll halten würde. Es ist Kinderstubenpolitik gemacht worden: »Wenn du nicht brav bist, wirst du so lange eingesperrt, bis du schwarz bist...« oder so ähnlich.

Was wäre die andere Erzählung: Es ist unbedingt nötig, Griechenland und seiner schon genug gestraften Bevölkerung eine Perspektive zu geben – das ist der eine Teil der alternativen Erzählung, für die es in der SPÖ durchaus Ansätze gibt. Es braucht aber auch den anderen Teil, zumal gerade SPÖ- und FPÖ-WählerInnen durchaus offene Ohren dafür haben, dass die Griechen ihre Schulden bezahlen müssen, damit nicht »wir« in die Ziehung kommen... Dort muss der zweite Teil der alternativen Erzählung ansetzen: Wenn wir unser Geld zurück haben wollen, dann hilft nur ein Investitionsprogramm für die wirtschaftliche Gesundung Griechenlands. Wenn wir nicht helfen, die griechische Wirtschaft in Schwung zu bringen, dann sehen wir unser Geld nie wieder. Merkels (und in deren Gefolge Schellings, Mitterlehners usw.) Politik ist in dieser Hinsicht unverantwortlich. Auf diese Weise kommt das Geld nie zurück.

Für die vorgeschlagene alternative Erzählung und Politik ließe sich auch auf europäischer Ebene punkten, dafür ließen sich Partner finden. Ein Marshall-Plan für Griechenland oder ein Investitionsfonds, der privaten Initiativen hilft, jetzt auf die

Sprünge zu kommen... Übrigens könnte so ein Investitionsfonds allenfalls auch kofinanziert werden durch griechisches Schwarzgeld im Ausland, dem dafür allenfalls eine Steueramnestie geboten werden könnte.

2. Bei der Begrenzung der Mieten – eine durchaus, vor allem für junge Leute, attraktive Forderung – muss ein Weg gefunden werden, diese Begrenzung auch politisch umzusetzen. Das ist ein Aspekt der notwendigen Glaubwürdigkeit: nicht bloß plakative Forderungen, sondern spürbare Schritte zum Ziel. Da kann einerseits die Stadt Wien helfen, indem wieder Gemeindebauten errichtet und attraktiv bepreist und nach sozialen Gesichtspunkten vergeben werden. Das kann allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein bleiben, wenn auch ein wichtiger, weil er Druck auf das Preisniveau ausübt. Die andere Seite wäre eine Erzählung, die deutlich macht, dass es da auch Interesse der Arbeitgeber geben müsste: Wenn das Wohnen immer teurer wird, müssen die Gewerkschaften geradezu übermäßige Lohnforderungen stellen, damit sich die Arbeitnehmer das Wohnen noch leisten können. Der Zusammenhang muss deutlich werden. Die Erzählung muss ihn sichtbar und für Arbeitgeber und Gewerkschaften überzeugend machen. Dann kann Mietpreisbegrenzung auch mit den Stimmen der ÖVP beschlossen werden – nicht morgen, aber nach entsprechender Vorbereitung und nach Erweiterung der Basis der politisch Interessierten.

3. Bei den durchaus sinnvollen Maßnahmen (wie Investitionen in die Bildung und das Sozialsystem) – die noch ergänzt werden könnten, zum Teil sogar anhand konkreter Praxis mancher SPÖ-Regierungsmitglieder – geht es ebenfalls darum, die dazu gehörenden Erzählungen zu entwickeln und – vor allem – darüber zu reden! Die Menschen müssen wissen, was wir tun und warum.

4. Wenn Alois Stöger als Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie einen Schwerpunkt seiner Arbeit und der Förderungen durch das BMVIT auf Industriepolitik setzt, dann ist es auch höchste Zeit dafür geworden. Österreich braucht modernste Industrieunternehmen, um das Lohnniveau und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes aufrecht zu erhalten. Bloß wenn niemand von diesen Initiativen weiß und auch die dazu gehörende Erzählung fehlt, warum für Österreich moderne Industriepolitik von entscheidender Bedeutung ist, dann ist dieser Politikschwerpunkt immer noch sinnvoll aber für die Perspektiven der SPÖ bei Wahlen und ihren möglichen Kernwählern weitestgehend bedeutungslos.

Das Richtige tun und darüber reden – vorher, währenddessen und danach. Aufgabe der Politik und der Politiker ist nicht nur, Probleme zu lösen, sondern auch Voraussetzungen zu schaffen, Probleme lösen zu können. Dafür müssen die Menschen wissen, was wir wollen und warum. Und dafür müssen sie sehen und hören, dass wir es dann auch wirklich tun!

5. Ohne Julia Herrs Aussagen zur Politik der Angstmache in der Asylpolitik zu wiederholen und die Aussage, dass dies nur der FPÖ nützt, möchte ich auch hier betonen, dass es in diesem Thema ebenfalls um Bilder und Erzählungen geht, die darüber entscheiden, ob Angst und Sorge dominieren und daher die FPÖ zum Fischen einladen oder ob Empathie und der Wille, anständig zu handeln, den Sieg davon tragen.

Was wären alternative Ansätze von Politik, was wären andere Erzählungen in der Asylfrage? Die Bilder, die das Fernsehen vom Ertrinken im Mittelmeer, von den Flüchtlingslagern in Syrien, im Irak, in Jordanien usw. zeigt, bieten eine Erzählung an, die es erlauben würde, Mitgefühl zu mobilisieren. Es muss allerdings in eine Perspektive aufgelöst werden, die emotional verkraftbar ist und die nicht überfordert.

»Am leichtesten geht das, wenn die Initiativen von unten kommen, wenn Familien bereit sind, sich z. B. um sogenannte unbegleitete Jugendliche zu kümmern, die in Österreich gestrandet sind und hoffen, dass es ihre Eltern vielleicht auch noch schaffen, nach zu kommen; wenn Gemeinschaften in Dörfern entstehen, die sich gegen die Abschiebung gut integrierter Asylwerber stellen; wenn Pfarrer bereit sind, ihre Kirche für Flüchtlingsfamilien zu öffnen, weil sie die Flucht aus Ägypten als Geschichte ernst nehmen usw.

Menschen für diese Art von Menschenfreundlichkeit zu gewinnen, das wäre eine Aufgabe von Politikern, die die Ängste vieler in Österreich (oder auch anderswo) ernst nehmen und die sich selbst nicht fürchten. Konkrete Begegnung überwindet die Fremdheit, die vielerorts Angst macht. Nicht nur Kinder fremdeln gelegentlich. Das ist ein weiter verbreitetes Phänomen. Und da hilft es, die an der Hand zu nehmen, die sich fürchten und ihnen bei der Überwindung der Fremdheit, der Überfremdungängste zur Seite zu stehen.«³

6. Vielleicht sollte hier auch noch ein weiterer Gedanke angeführt werden, der bei aller wünschenswerten Empathie für die Ärmsten nur allzu leicht vergessen wird und dadurch

oft dazu beiträgt, dass das Gegenteil dessen erreicht wird, was angestrebt wird: Akzeptanz oder auch nur Toleranz für die Unterstützung von Flüchtlingen, die alles verloren haben, wird es bei denen, die selbst das Gefühl haben, um sie kümmern sich niemand, obwohl es ihnen auch nicht gut gehe, nicht so leicht geben. Die, denen es schon bisher in Österreich nicht sehr gut gegangen ist und die das auch spüren, müssen von sozialdemokratischen PolitikerInnen spüren und erleben, dass es uns um sie und um ihre Sorgen geht. Das ist eine zentrale Vorbedingung für eine menschliche Flüchtlingspolitik. Nicht nur darum sollten etwa unbegleitete Jugendliche primär von Privaten betreut und unterstützt werden. Das muss die Politik nicht notwendig vollständig selbst unternehmen. Hier braucht es organisatorische Hilfen und Anstöße, aber wenig Geld. Sozialdemokratische Politik muss allerdings sichtbar Leistungen für diejenigen im Lande erbringen, die schon bisher die schlechteren Karten hatten. Erst das verschafft Legitimation für sichtbare und menschliche Flüchtlingspolitik.

Die Liste der Beispiele könnte natürlich verlängert werden. Hier ist es zunächst bloß darum gegangen, deutlich zu machen, dass es um durchaus leistbare Anforderungen an sozialdemokratische Politik und PolitikerInnen geht, um voran zu kommen: Es geht darum Angst erzeugende Reden und Taten zu vermeiden und Erzählungen zu entwickeln, die positive Taten begleiten. Es geht aber darüber hinaus um noch etwas:

EIN POSITIVES EMOTIONALES UMFELD SCHAFFEN

Einerseits wollen die Menschen sich in Österreich, allenfalls sogar in Europa geborgen fühlen, sozial und im Bereich der allgemeinen Sicherheit⁴. Und andererseits wollen sie auch stolz auf ihr Land und seine Leistungen sein. Das gibt ein Gefühl von Stärke, die hilft, die Welt und die eigenen Chancen positiv zu sehen.

Um ein Beispiel zu nehmen: Wenn es gelungen ist, die Verhandlungen über das Atomprogramm des Iran nach Wien zu holen, so ist das etwas worauf nicht nur Außenminister Kurz und die ÖVP stolz sein können. Das ist ein österreichischer Erfolg, der zeigt, dass Wien immer noch ein sehr guter Platz für internationale Begegnungen im Interesse des Friedens ist. Wir sollten uns als SozialdemokratInnen nicht abwenden, weil es (angeblich) doch bloß eine Sache der Schwarzen ist. Es ist eine Sache Österreichs. Feiern wir es gemeinsam und machen wir deutlich, dass wir darauf stolz sein können. Dieses Feld, das Feld der Außen- und Sicherheitspolitik ist eines, auf

dem die Freiheitlichen nicht existent sind und das eine große Tradition hat – wir verbinden das vor allem mit dem Namen Kreisky, die ÖVP mit den Namen Waldheim und Mock. Sollen sie. Worum es geht ist, sich auf diesen Feldern tunlichst gemeinsam zu engagieren und an Lösungen zu arbeiten. Es geht nicht darum, von Zeit zu Zeit gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie kräftige Worte zu sprechen. Es geht darum, bestehende Spannungen und Probleme auflösen zu helfen. Das ist zunächst stille und zähe Arbeit – was keineswegs ausschließt, auch dazu eine jeweils entsprechende Erzählung anzubieten, die deutlich macht, warum sich Österreich gerade da engagiert. Bei einem Erfolg dieser stillen Arbeit, bei der sich Österreich in den Dienst der Sache und der Konfliktparteien stellt, ist das der Stoff, auf den die ÖsterreicherInnen danach stolz sein können und auch sind.

Außen- und Sicherheitspolitik sollte unbedingt gemeinsam gemacht werden in einer Koalition von Rot und Schwarz und gemeinsam vertreten werden. Erfolgreiche Politik auf diesen Feldern gewinnt keine Wahlen für die eine oder andere Partei. Aber sie schafft ein Klima, in dem sich die Menschen in Österreich wohl fühlen, weil sie auf ihr Land stolz sein können. Das hilft auch gegen Mieselsucht und Ängste und daher auch gegen freiheitlichen Populismus.

Vorwärts mit überzeugenden Erzählungen, überzeugender Politik! 

CASPAR EINEM

ist Chefredakteur der ZUKUNFT, Präsident des Österreichischen Instituts für Internationale Politik und Vizepräsident des Europäischen Forums Alpbach.

1. Julia Herr, aaO Seite 18 ff
2. Caspar Einem: Für Identität, gegen Beliebigkeit, Zukunft 6/2015, S 6 f
3. Vgl. Caspar Einem: »Was auch aus den dänischen Wahlen zu lernen ist« in: FAZIT, Juli 2015, Seite 27
4. Ich habe als Innenminister mit dem Programm für »Sicherheit und Geborgenheit« durchaus Erfolg gehabt und an die Stelle angstmachender Kraftmeierei gesetzt.



Robert Adams, aus: «The New West», 1968-72, «Pikes Peak, Colorado Springs», 1969,
Silbergelatine Print, 15,2 x 14,1 cm, © Robert Adams, Courtesy Fraenkel Gallery, San Francisco

Das Trennbankensystem der USA – eine Alternative?

Unter Trennbankensystem wird gemeinhin die institutionelle Spaltung des Bankensystems in Geschäftsbanken und Investmentbanken verstanden. Das bedeutendste Vorbild dazu ist der Banking Act von 1933 der Roosevelt Administration – auch bekannt als Glass-Steagall Act. Josef Falkinger legt in diesem Beitrag dar, wie dieses Gesetzeswerk 1933–1999 funktionierte. Er geht der Frage nach, warum es schlussendlich scheiterte und untersucht, ob es heute eine gangbare Alternative wäre.

Im Gefolge der Wirtschaftskrise 1929 schlitterten tausende Banken in den USA in die Zahlungsunfähigkeit. Millionen US-Bürger verloren ihre Ersparnisse, Kredite wurden von heute auf Morgen fällig gestellt, Farmer von ihren Höfen vertrieben, Arbeitslosigkeit grassierte. Ohne soziale Sicherungssysteme waren Millionen Menschen von Hunger und Elend bedroht. Im Zentrum der wirtschaftspolitischen Diskussion von 1929 stand die Frage, ob Banken von Staat gerettet werden sollen und wie eine Bankenkrise in Zukunft zu verhindern sei.

Der Glass-Steagall-Act – benannt nach dem US-Senator Carter Glass und dem Abgeordneten Henry Steagall – war ein ehrgeiziger und bis heute beeindruckender Versuch, die dramatische Finanz- und Wirtschaftskrise 1929 in den Griff zu bekommen und das schwer angeschlagene US-Bankensystem wieder funktionstüchtig zu machen.

DIE IDEE DES SENATORS GLASS

Senator Glass sah die volkswirtschaftliche Funktion des Bankensystems darin, Ersparnisse in Form von Krediten an Haushalte und Betriebe weiterzuleiten. Nach Glass würde jede direkte oder indirekte Verwendung von Spareinlagen zu Spekulationszwecken das Bankensystem wie auch die Volkswirtschaft insgesamt destabilisieren. [RUSSEL (2009) S 6f] Unter Spekulation verstand Glass nichts anderes als den Handel mit Vermögenstiteln (Anleihen, Aktien und andere Wertpapiere) oder Immobilien.

Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten, wie Spareinlagen der Spekulation zugeführt werden können. Entweder durch

den Eigenhandel, also Wertpapierhandel auf Rechnung des Kreditinstitutes selbst, oder durch spekulativen Kredit, also Kredit, mit dem das Kreditinstitut die Spekulationsgeschäfte Dritter finanziert. Auf Grund der Verstrickung von Bankeinlagen und Spekulation hätte der Börsencrash 1929 nach Glass auch die Geschäftsbanken in den Abgrund gerissen.

BANKENTRENNUNG

Glass forderte vor allem vier Maßnahmen zur Eindämmung dieser Verstrickung:

- Jede Bank muss sich entscheiden, ob sie Investmentbank oder Geschäftsbank sein möchte. Eine Geschäftsbank darf sich weder in Form einer Zweigstelle noch in Form einer Holding mit einer Investmentbank verbinden.
- Eine Bank mit gewöhnlichen Kundeneinlagen – also eine Geschäftsbank – darf keinen Eigenhandel betreiben.
- Eine Bank mit Handelstätigkeit – also eine Investmentbank – darf keine Kundeneinlagen halten.
- Eine Geschäftsbank darf keinen Kredit an Investmentbanken vergeben.

Nach dem Banking Act von 1933 durfte eine Geschäftsbank maximal 10 % ihres Einkommens aus dem Handel mit Wertpapieren beziehen. Die vier einfachen Maßnahmen sollten einerseits das Bankensystem stabiler machen. Andererseits könnte sich der Staat mit Garantien und Bankenrettungen auf die volkswirtschaftlich zentrale Funktion des Geschäftsbankenwesens beschränken und Steuergeld sparen.

ÖKONOMISCHE VORAUSSETZUNGEN

Glass war sich bewusst, dass die Trennbankensystemidee für sich al-

leine genommen nicht funktionieren würde. Dies deshalb weil sich 1929 auch das traditionelle Kreditgeschäft in einer tiefen Krise befand. Wie konnte das in einer tiefgreifenden realwirtschaftlichen Depression auch anders sein? Er sah die Ursache, darin, dass es zu viele kleine Banken gäbe. [KENNEDY (1973), S 207] Gerade der zu starke Konkurrenzkampf zwischen den vielen kleinen regionalen Instituten (den »unit banks«) hätte die Banken auf die schiefe Bahn geführt. Ein Konzentrationsprozess sollte eingeleitet werden, um die Geschäftsbanken wieder profitabel zu machen. Zusammenschlüsse sollten gesetzlich erleichtert werden. Die wichtigste Maßnahme, um die Profitabilität der Geschäftsbanken wieder herzustellen war aber die sogenannte Regulation Q. Bei dieser Regulierung handelte es sich um ein Verbot von Zinsen auf Sichteinlagen. Zinsen auf Sparguthaben wurden streng beschränkt. Damit sollten die Kosten der Geschäftsbanken gesenkt werden. Um die Geschäftsbanken wieder in Schuss zu bringen, war es zudem wichtig die Realwirtschaft anzukurbeln. Ohne Kriegskonjunktur ab 1940 und den langen Nachkriegsaufschwung bis 1973 hätte auch das separate Geschäftsbankensystem Probleme gehabt.

POLITISCHE VORAUSSETZUNGEN

Die zentrale politische Voraussetzung für die Durchsetzung des Glass-Steagall Acts war eine weitverbreitete anti-kapitalistische Stimmung in der us Bevölkerung. Der liberale Ökonom Schumpeter schrieb zur Stimmung der 30er Jahre in den USA: »Die öffentliche Meinung ist allgemach so gründlich über ihn verstimmt, dass die Verurteilung des Kapitalismus und aller seiner Werke eine ausgemachte Sache ist, – beinahe ein Erfordernis der Etikette der Diskussion.« [SCHUMPETER (1975), S 107]

Albert Agnew, der Chef der Federal Reserve von San Francisco stellte offen die Möglichkeit der Verstaatlichung des Bankwesens in den Raum. [RUSSEL (2009) S 7] Zahlreiche New Dealer und Ökonomen rund um Irving Fisher forderten ein Vollreserve-System, nachdem die Banken ihre Investitionen nur noch mit Zentralbankkrediten finanzieren dürfen. In dieser Situation war das Trennbankensystem aus der Sicht der Banker noch das geringste Übel. Es verwundert heute, dass es gegen die Einführung des Trennbankensystems 1933 kaum Widerstand gab. Selbst der abgewählte republikanische Präsident Hoover unterstützte schlussendlich diese Idee. Bis 1945 wurde das Trennbankensystem immer weiter befestigt und begründete nach dem zweiten Weltkrieg eine außerordentlich stabile Phase des us-Bankensystems. Ab den 70er-Jahren kam

das Trennbankensystem jedoch mehr und mehr in Misskredit. Warum?

LÜCKEN IM SYSTEM

Prinzipiell gab es beim us-Trennbankensystem von Anfang an eine Lücke. Es galt nur für Banken, die Mitglieder der Federal Reserve waren. Geschäftsbanken konnten sich auf diese Weise sehr wohl mit Instituten außerhalb des Federal Reserve Systems verbinden. Aus diesem Grund kam es bereits während der 60er-Jahre zu Abwanderungen von Einlagen aus dem Geschäftsbankenbereich in den Bereich der »Schattenbanken« (Banken außerhalb Federal-Reserve-Aufsicht). Zum besonderen Problem wurde in den 1970er-Jahren die Finanzinnovation der Geldmarktfonds, die kurzfristige Finanzierungsgeschäfte betrieben und zu diesem Zweck Geldmarktpapiere ausgeben. Geldmarktpapiere können von Firmen und Haushalte wie Sichteinlagen bei Banken verwendet werden. Statt das Geld auf ein Girokonto zu legen, kaufen Firmen oder Haushalte ein Geldmarktpapier und können dafür Zinsen kassieren. Das Geldmarktpapier kann jederzeit verkauft werden, der Inhaber ist genauso liquide als hätte er ein Girokonto. Auf diese Weise flossen bereits in den 70er-Jahren riesige Summen von den Geschäftsbanken, die keine Zinsen anbieten durften, zu Investmentbanken und sogenannten Geldmarktfonds. Laut Glass-Steagall durften Investmentbanken keine Sichteinlagen haben. Mit dem Geldmarktpapier konnten sie dieses Problem umgehen.

DIE REGULIERUNG WIRD UMGANGEN

Auf diese Weise wurden Investmentbanken und auch Geldmarktfonds durch die Hintertür wieder systemrelevant und mit dem Einlagengeschäft verknüpft. Wenn viele SparerInnen und Betriebe ihre liquiden Mittel in Geldmarktfonds investieren, gefährdet die Pleite eines derartigen Fonds die Realwirtschaft. Das ist aber noch nicht alles. Geldmarktfonds wurden zu zentralen Kreditgebern von Geschäftsbanken. Stoßen InvestorInnen panikartig ihre Geldmarktpapiere ab – passiert also ein Run auf Geldmarktfonds –, kann dies zu Pleiten im Geschäftsbankenbereich führen. Nämlich dann, wenn Geldmarktfonds im Fall der Insolvenz Kredite an Geschäftsbanken fällig stellen. Der Glass-Steagall Act wurde damit ausgehöhlt.

Hinzu kam die zunehmende Aktivität ausländischer Banken in den USA und die Lockerung der Kapitalverkehrskontrollen. Anleger konnten jetzt im Ausland oder bei ausländischen Geldinstituten in den USA höhere Zinsen bekommen. Daneben begannen Firmen ebenfalls in den 70er-Jahren ver-

mehrt Firmenanleihen über Investmentbanken auszugeben. Firmen borgten sich weniger von Geschäftsbanken in Form von Krediten, sondern verkauften Wertpapiere als Anleihe. Über sogenannte junk bonds – Firmenanleihen ohne Rating – konnten sich auch nicht kreditwürdige Firmen und Projekte finanzieren. Die Verstrickung von Investmentbanken, Schattenbanken und der Realwirtschaft nahm weiter zu.

DIE FOLGEN BLEIBEN NICHT AUS

Das Umgehen der Regulierungen war vor allem mit Hilfe neuer Finanz-Produkte möglich: Dem Geldmarktpapier und der Unternehmensanleihe in Wertpapierform. Bankenaufsicht und Kongress hätten diesen Produkte sehr wohl neue Regulierungen entgegensetzen oder den Glass-Steagall Act strenger auslegen können. Interessanterweise war das nicht der Fall – und zwar bereits in den 60er-Jahren als der Keynesianismus noch ökonomischer Mainstream war. Seit den 70er-Jahren setzte in der Folge ein stetiger Niedergang in der Profitabilität der Geschäftsbanken ein. [MISHKIN (2013), S 332ff]

Der Gesetzgeber entgegnete diesem Trend mit Deregulierungen. Die Vorschriften für Geschäftsbanken, beispielsweise die Regulation Q oder das Verbot flexibel verzinsten Kredite an HausbauerInnen, wurden gelockert. Die Aufsicht wurde reduziert. Kurz, die Branche sollte ebenso wie Investmentbanken und Schattenbanken höhere Risiken eingehen dürfen, um sich zu sanieren. Doch die Krise des Geschäftsbankensektors wurde damit nur nach hinten geschoben. In den 80er-Jahren kam es zur größten Bankenkrise seit 1929, der sogenannten »savings and loan crisis«. Zwischen 1986 und 1995 mussten in den USA 1043 klassische Geschäftsbanken schließen. Der us-Steuerzahler hatte nach einer Schätzung des General Accounting Office 132,1 Mrd. \$ hinzublättern, um für den Schaden aufzukommen.

FINANZKRISE 2007

Bemerkenswert ist der Schluss, den die damalige Politik aus der Savings- and Loan Krise zog. Nicht die Deregulierungen der 70er- und 80er-Jahre seien Ursache der Krise. Nein, das Bankensystem müsse jetzt erst recht dereguliert werden. Geschäftsbanken sollten jetzt auch die Möglichkeit erhalten, am vollen Spektrum spekulativer Geschäfte teilzunehmen, um ihre Profitabilität zu erhöhen. Als 1999 der Gramm Leach-Bailey Act das Trennbankensystem auch formal beendete, waren sich die KommentatorInnen einig, dass es realiter bereits seit langem nicht mehr bestand. Während der Finanzkrise 2007/2008 mussten die Aufsichtsbehörden schmerzlich erfah-

ren, dass das Investmentbanking stark systemrelevant geworden ist. Der Zusammenbruch von Geldmarktfonds oder die Pleite einer Investmentbank wie Lehman Brothers konnten das gesamte Bankensystem in den Abgrund ziehen. [Vgl ADMATI, HELLOWIG (2014) S107ff] Plötzlich wurden staatliche Garantien für Schattenbanken wie Geldmarktfonds notwendig, um eine folgenschwere Kettenreaktion zu verhindern.

TRENNBANKENSYSTEM HEUTE?

Wenn wir uns für die Frage interessieren, ob ein Trennbankensystem à la Glass Steagall heute noch funktionieren könnte, müssen wir eine Reihe von Besonderheiten der heutigen Situation berücksichtigen. Der enorme Anstieg von Vermögen hat während der letzten 40 Jahre vor allem den Geschäftszweig des Investmentbankings gestärkt. Vermögende investieren ihr Geld lieber in komplexe Finanzprodukte als es auf Sparbücher mit niedrigen Zinsen zu legen.

Die Zunahme von privaten Pensions- und Gesundheitsversicherungen hat aber auch viele Menschen mit niedrigen Einkommen von Investmentbanken abhängig gemacht. Hinzu kommt, dass auch grosse Produktionsbetriebe in Finanzprodukte statt in neue Maschinen und reale Projekte investieren; viele halten liquide Mittel und legen diese in Finanzprodukte wie Geldmarktpapiere an. Geschäftsbanken und Investmentbanken begannen sich in einem enormen Ausmaß bei Geldmarktfonds zu verschulden. [Vgl RAMSKOGLER (2014)]. Alles das macht das Investmentbanking heute stark systemrelevant. Solange Investmentbanken genauso systemrelevant sind wie Geschäftsbanken, bringt logischerweise ein Trennbankensystem nicht viel.

GLAS STEAGALL RELOADED?

Die Grundintention des Glass-Steagall Act besteht darin, das systemrelevante Geschäftsbankensystem von einem nicht systemrelevanten Investmentbankensystem unabhängig zu machen, um so den SparerInnen und Firmen sichere Zahlungs-, Spar-, und Finanzierungsmöglichkeiten zu garantieren. Diese Intention wurde durch Finanzinnovationen und Deregulierung untergraben. Soll sie wieder belebt werden, müsste sie durch weitreichende Einschränkung von Finanzinnovationen abgesichert werden. Ein Beispiel für solche Finanzinnovationen, das bereits erwähnt worden ist sind Geldmarktpapiere, da sie einem Girokonto zu ähnlich sind. Ein weiteres Beispiel ist die problematische Finanzierung von Geschäftsbanken durch Geldmarktfonds. Auch andere für die BürgerInnen essentielle Finanzierungsbereiche wie die Pensions- und Gesundheits-

vorsorge müssten stark reguliert werden, soweit sie nicht in einem öffentlichen Umlagesystem organisiert sind. Der Blick zurück in die ökonomischen und politischen Voraussetzungen für ein funktionierendes Trennbankensystem zeigt, dass man dazu noch eine Reihe weiterer seit damals eingetretenen Entwicklungen in den Griff bekommen müsste. Um der Vermögenskonzentration entgegenzuwirken, bräuchte es zum Beispiel substantielle Vermögenssteuern wie während der Nachkriegszeit in den USA. Es bräuchte eine Einschränkung des Kapitalverkehrs, um den Abfluss der Sparkonten ins Ausland zu verhindern.

Die Möglichkeit für Firmen, sich abseits von Geschäftsbanken durch Anleihen zu finanzieren müsste eingeschränkt werden, etwa durch ein Verbot von Unternehmensanleihen auf Ramschniveau (junk bonds). Zudem müsste der Staat mit Hilfe eines ausgedehnten sozialen Wohnbaus versuchen der Bildung einer Immobilienblase vorzubeugen. Das sind harte und weitreichende Maßnahmen. Aber nur so hätte die Wiedererrichtung eines konkurrenzfähigen und von der Spekulation abgetrennten Geschäftsbankensystems eine Chance. Selbst mit diesen harten Maßnahmen ist noch nicht sicher, ob Investmentbanking nicht trotzdem systemrelevant bleibt. Dies deshalb, weil so viele amerikanische Haushalte Aktien und Investmentzertifikate besitzen.

IST EIN TRENNBANKENSYSTEM NOCH ZIELFÜHREND?

Bisher haben wir die Risiken des Investmentbankings betrachtet, aber auch Geschäftsbanken werden zunehmend riskanter. Die savings and loan crisis war beispielsweise hauptsächlich eine Krise klassischer Geschäftsbankenprodukte, des Immobilienkredits und des Unternehmenskredits. Die Immobilienblase, die sich bis 2006 in den USA entwickelte, hätte vermutlich auch ein bloßes Geschäftsbankensystem ins Wanken gebracht.

Auf Grund der ausgedehnten internationalen Verstrickung und der steigenden Zinsschwankungen seit den 60er-Jahren ist heute de facto jede Bank gezwungen, sich mit Hilfe von Währungs- und Zinsderivaten abzusichern. Die gleichen Derivate, die der Absicherung dienen, können dabei auch zu Spekulationszwecken verwendet werden. Es ist dabei für die Bankenaufsicht unmöglich den Unterschied zu beweisen. Gegen die Spekulation mit Derivaten ist das Trennbankensystem relativ machtlos. Viele ExpertInnen halten aber gerade den Handel mit Derivaten für die größte Unsicherheitsquelle im Finanzmarkt.

Glass-Steagall konnte nur funktionieren, solange der Staat den Geschäftsbanken mit Hilfe der Regulation Q mehr oder weniger eine Gewinngarantie aussprach. Mit Marktwirtschaft hatte das nicht mehr viel zu tun.

VERGESELLSCHAFTUNG

Die Idee, das sogenannte Investmentbanking stark zu beschränken, ist zweifellos richtig. Die historische Analyse des Trennbankensystems und seiner Aufweichung zeigt jedoch, dass es sehr weit reichende Massnahmen braucht, insbesondere das Verbot oder die starke Regulierung zahlreicher Finanzinnovationen, um mit einem Trennbankensystem tatsächlich ein stabiles Finanzsystem im Dienste der SparerInnen und der Realwirtschaft zu gewährleisten. Angesichts aller Schwierigkeiten, die ein echtes Trennbankensystem heute mit sich bräuchte, stellt sich daher die Frage, ob es nicht praktikabler wäre, gleich eine Vergesellschaftung des Bankensystems anzustreben.

Eine Vergesellschaftung, wie sie etwa in Österreich von 1946 bis in die 1980er-Jahre vorherrschend war, hätte den Vorteil, dass die Gesellschaft, die ohnehin das Risiko des Bankensektors tragen muss, auch Eigentümerin wäre. Der Kreditfluss könnte abseits vom Prinzip der Profitmaximierung nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten optimiert werden. Das aktuelle Überangebot an Kapital könnte via Investitionen der Realwirtschaft zugeführt werden. Vergesellschaftung bietet zudem die Möglichkeit der Kreditlenkung. Kredite könnten mit Hilfe eines gestuften Zinses in Sparten mit hohen positiven Externalitäten (Stichwort langfristige Infrastrukturinvestitionen oder Umwelttechnologie) gelenkt und von Sparten mit hohen negativen Externalitäten abgezogen werden.

Ein zweiter Vorteil öffentlicher Banken liegt darin, dass die Risiken von der öffentlichen Hand soweit dies möglich ist selbst bestimmt werden können und nicht von außen kontrolliert werden müssen. Die Praxis der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass eine Kontrolle von außen oft das wahre Ausmaß des bewusst eingegangenen Risikos in den Bankbilanzen nicht entdecken kann. Aufsichtsbehörden müssen nicht nur versteckte Risikopositionen mühsam aufspüren, sie sind zudem noch dem Druck einer mächtigen Bankenbranche mit eigenen Interessen ausgeliefert.

Ein großes Handicap für den Weg der Vergesellschaftung stellen jene Bankenskandale dar, an denen öffentliche Institutionen und Politiker beteiligt waren – der Hyposkandal ist lei-

der nicht das einzige Beispiel. Analysen des Missmanagements im Bereich öffentlicher Banken zeigen jedoch, dass diesbezügliche Probleme vor allem in der Aufgabe des gemeinnützigen Zweckes gründen. [SCHERRER (2014)] Öffentliche Banken wurden ab dem Zeitpunkt zum Problem, als sie anfangen es den privatkapitalistischen Banken gleichzutun. Eine Rückkehr zu einem öffentlich dominierten Bankensystem braucht folglich eine wohl definierte und institutionell abgesicherte gemeinnützige Ausrichtung. 🍷

JOSEF FALKINGER

arbeitet als Ökonom in Wien.

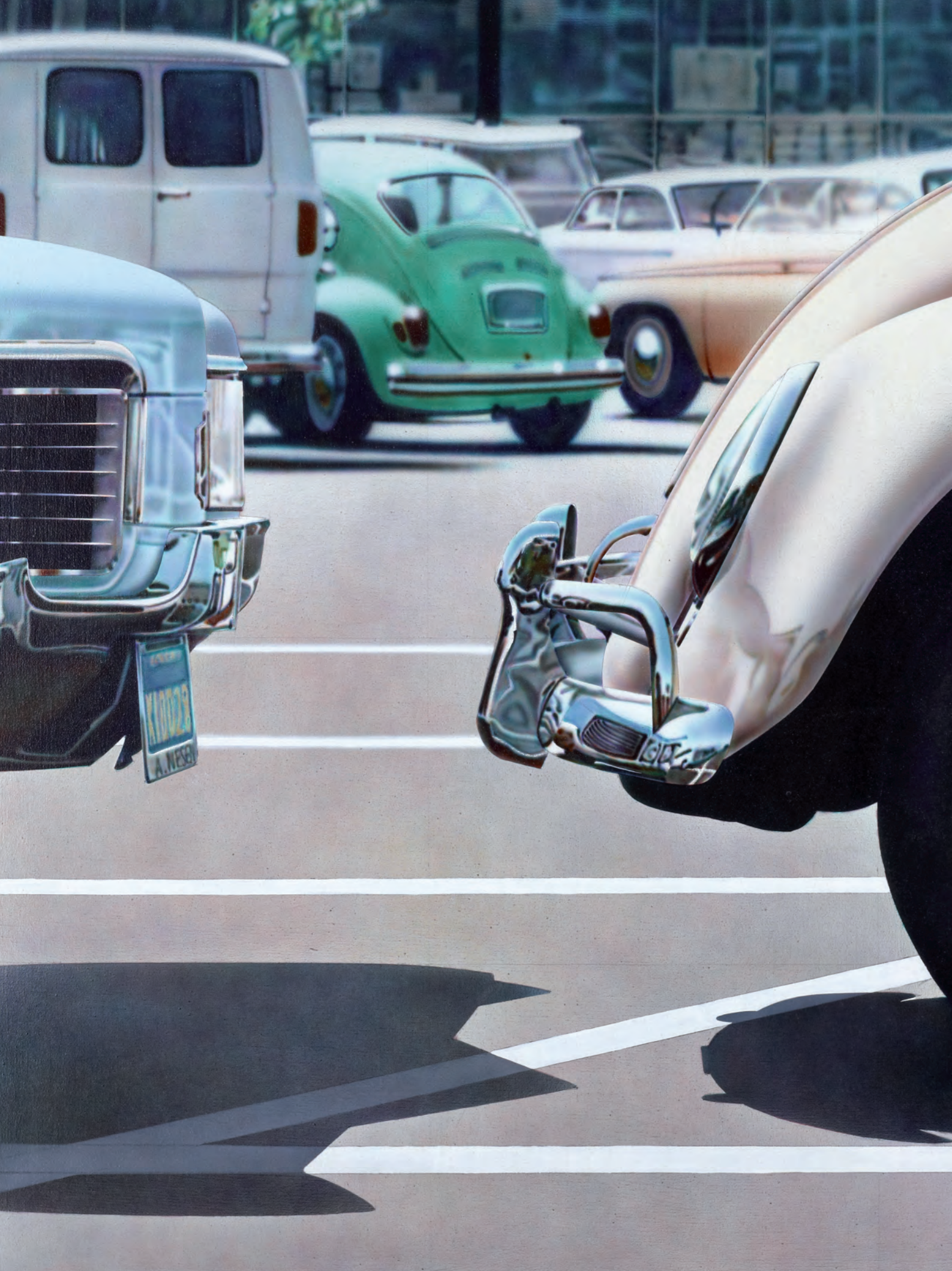
QUELLEN:

ADMATI, Anat; HELLWIG, Martin: Des Bankers neue Kleider; München 2014 | **KENNEDY, Susan:** The Banking Crisis of 1933, Lexington 1973 | **MISHKIN, Frederic:** The Economics of Money, Banking, and Financial Markets; Essex 2013 | **RAMSKOGLER, Paul:** Die Rolle von Banken und institutionellen Investoren in der Krise, in Kurswechsel 2014/4 | **RUSSEL, Ellen D.:** Lessons from New Deal Banking Reforms, Conference Paper 2009 Quelle: www.peri.umass.edu/darista/ | **SCHERRER, Christoph:** Öffentliche Banken bedürfen gesellschaftlicher Aufsicht, in: Kurswechsel 2014/4 | **SCHUMPETER, Joseph:** Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1975



Robert Cottingham, «Carl's», 1975

Öl auf Leinwand; 198 x 198 cm, Foto © museum moderner kunst stiftung ludwig wien, Leihgabe der Österreichischen Ludwig Stiftung, seit 1981





HyperAmerika Kunsthhaus Graz

Bis 30.08.2015 10:00 – 17:00 Uhr

Ort: Kunsthhaus Graz, Space01

www.museum-joanneum.at/kunsthhaus-graz

Die Ausstellung HyperAmerika. Landschaft – Bild – Wirklichkeit richtet den Blick auf den Begriff der amerikanischen Landschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und veranschaulicht, wie in der Malerei des Hyperrealismus eine romantische amerikanische Tradition der Darstellung von Land zu einer Art von Verherrlichung findet, die für die Geschichte und die Entwicklung eines Landschaftsbegriffs höchst signifikant ist.

Nach der Kapitulation

Die Niederlage der SYRIZA-Regierung wurde von Merkel&Co teuer erkaufte, um eine linke Alternative zu diskreditieren. Die Linke muss aus dieser Niederlage lernen. Die Verächtlichmachung der Regierung von Alexis Tsipras hat dabei keinen Platz: Europas Sozialdemokratie muss selbst beginnen, radikale Alternativen zur Kürzungspolitik zu entwickeln, um einer nationalistischen Welle in der Krise der Union entgegenzutreten zu können.

Wenn es um Griechenland geht, hat bei den meisten Medienmachern der Verstand schon lange ausgesetzt. Selbst in einem seriösen Medium wie dem Nachrichtenmagazin profil fallen beim Herausgeber alle Hemmungen, wenn es um die causa prima der europäischen Politik geht: Ein Schuldenschnitt wäre »ungerecht«, weil der »slowakische Mindestrentner« dann für den »korrupten Beamtenapparat«, in den die Kredite »vielfach belegt« geflossen seien, blechen müsse.

Da zählt es wenig, dass tatsächlich das genaue Gegenteil vielfach belegt ist, nämlich dass fast 80% der Kredite indirekt an Banken und Finanzmarktakteure geflossen sind. Die »steirische Supermarktkassierin«, deren Wohlergehen Christian Rainer seit Neuestem ein Herzensanliegen ist, haftet also für die Deutsche Bank und nicht für den griechischen Staatsfunktionär. Noch weniger interessiert, dass die Frage des Schuldenschnitts keine moralische Gerechtigkeitsprüfung zugrunde liegt, sondern eine der rationalen Vernunft. Während die deutsche Regierung auf den IWF als Bestandteil der Troika, die künftig in Griechenland schalten und walten soll, besteht, rechnet die gleiche Institution vor, dass es ohne den massiven Schuldenschnitt, den Deutschlands zu Rainers Freude verweigert, nicht gehen kann.

Wenn man das Griechenland-Paket betrachtet, bleibt abseits der Demütigung der griechischen Linksregierung, die Interesse und Dynamik in der europäischen Linke ausgelöst hatte, tatsächlich wenig an nachhaltigen Ergebnissen übrig. Die Griechenland auferlegten Bedingungen werden die Rezession verstärken, das Massenelend verschlimmern, die Schuldenlast noch drückender machen. Die der Troika zugeordneten Machtbefugnisse machen Griechenland zu einer Art Protektorat, regiert von Institutionen, denen eine direkte demokratische Legitimation völlig fehlt.

Kein vernünftiger Beobachter zweifelt gleichzeitig daran, dass ein Schuldenschnitt – ob nun offen und direkt oder indirekt durch eine Erstreckung der Laufzeiten und inflationäre Entwertung – unerlässlich bleibt und hat Tsipras ja zumindest das vage Zugeständnis erhalten, über eine »Restrukturierung« der Schulden zu verhandeln. Und das ist wertvoll genug, um neue Milliarden zu kreditieren und das »in fünfzig Jahren erarbeitete politische Kapital eines besseren Deutschlands in einer Nacht zu verspielen«, wie es Jürgen Habermas ausgedrückt hat? Nein, das wohl nicht. Deutschlands Handeln macht nur Sinn vor dem von Christian Rainer in so erfrischender Ehrlichkeit vorgetragenen Motiv: Die Unmöglichkeit einer linken Alternative sollte demonstriert werden, offenbar um jeden ökonomischen und politischen Preis. Der Zerfall der Euro-Zone ist dafür ebenso in Kauf zu nehmen, wie das Aufbrechen nationaler Gegensätze in der Union. Das ergibt, gerade vor dem Hintergrund der Exportorientierung der deutschen Wirtschaft ökonomisch wenig Sinn. Die Umfrageverluste der spanischen Linksformation Podemos scheinen als Lohn zu genügen.

Ganz anders stellt sich die Frage aus griechischer Sicht: Gerade vor dem Hintergrund des Referendums, das aller Versuche des europäischen Auslands und der griechischen Eliten, ein »Ja« zu erzwingen mit einer eindeutigen Ablehnung der europäischen Sparpolitik geendet hatte, scheint das Kurswechsel von Alexis Tsipras unverständlich. Dabei hat es einer, der im Parlament nun gegen die Zustimmung zum neuen Kreditprogramm gestimmt hat, Yanis Varoufakis, auf den Punkt gebracht: Tsipras hatte letztlich die Entscheidung zwischen Hinrichtung und Kapitulation.

REALISIERBARE ALTERNATIVEN?

Um die Kapitulation abzuwenden, hätte Griechenland eine realisierbare Alternative zum Verbleib in der Euro-Zone ge-

braucht. Eine Parallelwährung im Inland, wie sie Varoufakis erwogen hatte, wäre eine theoretische Variante gewesen. Josef Falkinger hat aber zurecht darauf hingewiesen, dass deren Durchsetzung ohne umfassende Notverstaatlichungen, Rationierungen und staatliche Zwangsmaßnahmen kaum durchsetzbar gewesen wäre, die Besorgung von Devisen problematisch und die Unterstützung des Staatsapparats bei der Durchsetzung all dieser Maßnahmen mehr als fraglich gewesen wäre. Dazu kommt eine wesentliche Frage: Welche Ausichten hätte es, wenn ein strukturschwaches, kleines Land mit dem Kapitalismus brechen würde? Varoufakis hat im Zusammenhang mit dem nunmehrigen Paket den Vergleich mit dem »Frieden von Versailles« bemüht, mutmaßlich um den deutschen begreiflich zu machen, wie die Bedingungen empfunden werden. Dabei erscheint, bei aller Schwierigkeiten historischer Vergleiche, der Vergleich mit dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk wesentlich naheliegender zu sein.

Denn selbst nach dem Friedensschluss unter den demütigenden und ruinösen Bedingungen Deutschlands, wurden immer neue Ansprüche gegen Sowjetrussland erhoben, war das in einem Monat geforderte, schon im nächsten Monat zu wenig. Wer verfolgt, wie die österreichische Innenministerin selbst nach der Kapitulation der griechischen Regierung im Angesicht der Krise des griechischen Staates darüber schwadroniert, die Kredite von der Vollstreckung der von ihr gewünschten Maßnahmen an der EU-Außengrenze abhängig zu machen oder wie EU-Verantwortliche immer neue »Bekanntnisse« und Vorleistungen Griechenlands einfordern, kann sich gewisser Parallelen nicht entziehen.

Nicht entziehen kann man sich aber auch gewisser Parallelen in der Fundamentalkritik am angeblichen »Verrat« von Tsipras: 1918 war Lenin zunächst mit seiner Ansicht, man müsse die deutschen Bedingungen akzeptieren, weitgehend alleine geblieben. Die Hoffnung auf die Revolution im Rest Europas war die Grundlage für die Ablehnung der deutschen Friedensbedingungen bis der Vormarsch der deutschen Truppen die »linke Opposition« zu Lenin zum Einlenken zwang. Die Hoffnung auf die Impulse eines griechischen Bruchs mit dem Kapitalismus im Rest Europas, der einen Systembruch in Griechenland nicht isoliert zusammenbrechen ließe, scheint da noch um ein Vielfaches schwächer

Es also Tsipras&Co als »Verrat« auszulegen, wie es manche Linke in Griechenland und Europa tun, vor dieser »Alternative« zurückgeschreckt zu sein, scheint also nur bedingt nach-

vollziehbar, umso weniger, als der Verbleib im Euro für die große Mehrheit nach wie vor zentraler Anknüpfungspunkt zu sein scheint. Die politische Niederlage SYRIZAS ist gleichwohl eine für alle linken Kräfte Europas. Sie ist aber bei aller Dramatik keineswegs nicht die endgültige Niederwerfung einer linken Alternative, als die sie Merkel&Co inszeniert haben. Der Triumph über die Linksregierung eines europäischen Kleinstaates und die Wahlhilfe für den mediokren spanischen Ministerpräsidenten Rajoy wurde politisch teuer verkauft. Das Aufbrechen grundlegender Widersprüche zwischen dem deutschen Hegemon einerseits und Frankreich und Italien andererseits, deutet an, dass die Krise der Union nicht nur nicht gelöst, sondern wesentlich vertieft wurde. Eine demokratische Alternative zu den Kürzungsdiktaten bleibt die Voraussetzung für eine Überwindung einer Krise, die in den nächsten Monaten und Jahre neue soziale und politische Auseinandersetzungen erzeugen wird. Eine starke und zielorientierte Linke wird dabei die einzige Chance sein, ein Erstarken der nationalistischen Rechte zu verhindern.

GEKAUFTE ZEIT

Für die Linke stellt die entschlossene Niederkämpfung einer Alternative in Griechenland dabei zwei Fragen in den Vordergrund: In Großbritannien hat vor dem Hintergrund des Griechenland-Gipfels eine Debatte über eine Neupositionierung der Linken in der Frage des EU-Austritts begonnen. Gleichzeitig scheint gerade das Fehlen einer durchsetzbaren, auf breite demokratische Zustimmung gestützte, Alternative der Regierung Tsipras zum Verbleib in der Euro-Zone darauf hinzuweisen, dass eine Diskussion über mögliche Strategien für einen politischen Kurswechsel in der Euro-Frage ansteht, wie sie Wolfgang Streeck schon vor zwei Jahren in einem Buch »Gekaufte Zeit« angesprochen hat. Das Stellen dieser Fragen, nimmt ihre Antworten keineswegs vorweg. Die Linke muss sich den Fragen aber stellen, um auch nach der Niederlage der SYRIZA-Regierung Antworten geben zu können, wie ein Kurswechsel in Europa organisiert werden kann. Eine Erfahrung der letzten Monate scheint dabei zu sein, dass es unabdingbar ist, dass es eine europäische Sozialdemokratie braucht, die das Ringen in der europäischen Politik nicht passiv mitverfolgt, sondern die sozialdemokratische Grundsätze aktiv verfolgt. 🍷

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

Eine gescheiterte Strategie

Heinz Kienzl ortet im Umgang mit der Griechenland-Krise eine gescheiterte Strategie. Griechenland müsse Investitionen in eine Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur vornehmen, nur so könne das Land wettbewerbsfähig werden.

Wir Österreicher sind eine Nation von Bergsteigern und wissen, wenn man den falschen Weg einschlägt, landet man vor einer Felswand oder einem Abgrund. Und da stehen wir jetzt, mit einem Rucksack voll griechischer Probleme.

EINE POLITISCHE ENTSCHEIDUNG

Es wird immer noch behauptet, dass sich die Griechen mit falschen Zahlen in die Eurowährung hineingeschwindelt haben. Für die Experten der Europäischen Zentralbank, Währungsfond und Bundesbank wäre es ein Armutszeugnis, wenn sie die Tricks nicht durchschaut hätten. Sie hätten selbst im Handbuch der Arbeiterkammer für Betriebsräte nachlesen können, dass Griechenland ein Leistungsbilanzdefizit von rund 10 % hat, dass also die griechische Wirtschaft nicht konkurrenzfähig ist. In Wirklichkeit war es keine ökonomisch fundierte Entscheidung der Europäischen Zentralbank, sondern eine geopolitisch begründete, die von Bundeskanzler Schröder und Präsident Chirac getroffen wurde. Trichet und sein Team haben das zur Kenntnis genommen und auf die vom Maastricht-Vertrag garantierte Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank vergessen.

Mario Draghi hat anders gehandelt. Als 2012 von den Rating-Agenturen befeuert, eine Spekulation gegen den Euro begann, konnte er mit einer einfachen Erklärung, dass der Euro auf jeden Fall verteidigt wird, die Spekulation zum Scheitern bringen. Auch heuer konnten Draghi und der Rat der EZB, gestützt auf die Unabhängigkeit der EZB, die Entscheidung für eine neue Rettung der griechischen Geldwirtschaft tragen.

DER RICHTIGE WEG

Vor dem Beitritt Griechenlands zum Euro hätte man die grie-

chische Wirtschaft auf eigene Beine stellen müssen. Unserer Erfahrungen können da als Wegweiser dienen. 1952 hat der Generaldirektor des Weltwährungsfonds, Per Åstbrink, den ÖGB besucht und uns gesagt: »Wenn ihr die Besatzungsmächte loswerden wollt, müsst ihr auf eigenen Beinen stehen, sonst gehen die Amerikaner nicht weg!« Wir haben uns das gesagt sein lassen und es unter größten Schwierigkeiten angegangen.

Der Marshall-Plan hat uns dabei entscheidend geholfen: Nach Ende des Korea-Kriegs sind die Rohstoffpreise gesunken, der ÖGB hat eine Lohnpause für ein Jahr beschlossen und die Industriellenvereinigung eine 10-prozentige Preissenkung versprochen. Der Wechselkurs Schilling/Dollar wurde mit 1:26 festgesetzt und mehrere exportfördernde Maßnahmen beschlossen. 1958 konnten wir den Schilling als konvertibel erklären. In den 60er Jahren konnte Ernst Eugen Veselsky schon erklären: »Österreich geht auf Überholspur!«

ZWEIFELHAFTE RATSCHLÄGE

Seit einigen Monaten empfiehlt Professor Sinn vom Münchener IFO-Institut den Griechen den Euro zu verlassen, eine eigene Währung einzuführen, was dann zu einer Abwertung um 40 % bis 50 % führen würde, die Löhne würden dann sinken, die Preise für Importe steigen, dann würde weniger importiert werden und als Draufgabe gäbe es auch eine Inflation, die allerdings Wirtschaft und Gesellschaft deroutieren würde. Unsere Erfahrung lehrt, dass es so nicht gehen wird. Die politische Führung der Hellenen hat international soviel Vertrauen verspielt, dass ein Wiedereintritt in den Euro kaum machbar wäre.

Prof. Flassbeck hat einen konträren Vorschlag, Deutschland sollte von der Niedriglohnpolitik abgehen und sich von

seinem Exportwahn verabschieden, und dann wären Griechenland und andere schwache Ökonomien in der Lage, konkurrenzfähig zu werden. Auch das wird nicht gehen. Etwas mehr als 41 % des deutschen Exports gehen in Wirtschaftsräume außerhalb der EU, höhere Realeinkommen der deutschen Konsumenten würden kaum zu größeren Importen griechischer Waren führen. Exportfähige Produkte hat Griechenland kaum anzubieten. Der richtige Weg kann nicht die Senkung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft sein, sondern die Problemstaaten, z. B. Portugal müssen konkurrenzfähig gemacht werden. Spanien scheint da schon auf dem richtigen Weg zu sein.

ES MUSS ANDERS GEHEN

Gute Professoren der Nationalökonomie lehren ihre Schüler, dass sie auch hinter den Geldschleier blicken müssen. Und wie sieht die griechische Wirtschaft im Vergleich mit der österreichischen aus? Wir haben einen Sommer- und Wintertourismus, eine Stahl- und Maschinenindustrie, eine Papier- und Holzindustrie, eine Chemische Industrie, eine Elektroindustrie und eine High Tech-Industrie, eine konkurrenzfähige Lebensmittelindustrie, eine leistungsfähige Landwirtschaft und nicht zuletzt auch, eine Raffinerie und eine zu zwei Dritteln auf Wasserkraft basierende Stromproduktion, etc., etc.

Was haben die Griechen? Die Griechen haben einen ausgezeichneten Sommertourismus, Reedereien und eine schwache Landwirtschaft. Was Griechenland unbedingt braucht, ist eine Hilfe der Europäischen Union, um eine breiter aufgestellte Wirtschaft zu entwickeln und mit einigen 100.000 Arbeitsplätzen. Die USA haben Westeuropa nach 1948 geholfen, wieder auf die Beine zu kommen. Die Europäische Union verfügt über ein Sozialprodukt, das vier- bis sechsmal so groß ist wie das der USA, als sie den Marshall-Plan in Gang setzten. Und das müsste doch ausreichen, um Griechenland nachhaltig zu helfen. Der Juncker-Plan und die Regionalförderung, über die einst unser Kommissar Hahn verfügt hat, sind ein Ansatz. Und damit könnten Erfolge erzielt werden, die die EU mit ihrem neoliberalen Instrumentarium offensichtlich nicht erreichen konnte. Vranitzky sagte mir vor einigen Tagen: »Heute verfügen wir nicht über das Instrumentarium, über das du seinerzeit bei der Sanierung des österreichischen Leistungsbilanzverfügest!«

Wenn man über ein Instrumentarium nicht verfügt, dann muss man es eben schaffen. Das ist eine Herausforderung, der sich die Europäische Union stellen müsste, andernfalls wäre

die aktuellen 89 Milliarden Euro Nothilfe nur eine weitere Etappe auf einem Weg, wie im ersten Absatz skizziert wurde.



HEINZ KIENZL

war langjähriger Generaldirektor und Vizepräsident der Österreichischen Nationalbank und ist heute Obmann der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft.

Kein Ende der Dollar-Hegemonie

Seitdem die BRICS-Staaten im Vorjahr eine eigene Entwicklungsbank gründeten, existieren nun weltweit 18 solcher Banken. Stefan Brocza und Andreas Brocza beleuchten das zahlenmäßige Anwachsen von Entwicklungsbanken und die dahinterliegenden Strategien.

Die jüngsten Neugründungen von Entwicklungsbanken werden zunehmend als Alternative zum Weltwährungsfonds (IWF) angesehen und als Angriff auf den Dollar-Standard in den internationalen Währungsbeziehungen gewertet. Zweifel sind jedoch angebracht, ob etwa die BRICS-Entwicklungsbank tatsächlich auf ein neues Ordnungsmuster in der internationalen Ökonomie hinweist. Aufgrund der anhaltenden Vorherrschaft von jeweils nationalen Interessenprofilen in diesen neuen Entwicklungsbanken ist deren Leistungsfähigkeit eher begrenzt. Den neuen Banken dürfte daher im internationalen Finanzsystem lediglich eine komplementäre Rolle zukommen.

Beim Gipfeltreffen der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) im Juli 2014 in Fortaleza wurde deren New Development Bank (NDB) offiziell gegründet – ausgestattet mit einem Stammkapital von 50 Milliarden US-Dollar und einem gezeichneten Stammkapital von 100 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig lancierten die fünf führenden Schwellenländer mit dem ebenfalls 100 Milliarden US-Dollar schweren Contingent Reserve Arrangement (CRA) ein so genanntes Swap-Finanzierungsarrangement, das die Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und vom US-Dollar verringern soll. Chinesische Bemühungen, zusätzlich eine Entwicklungsbank der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) zu schaffen, sind bislang an mangelnder Unterstützung Russlands gescheitert.

Auf dem Treffen der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) im Oktober 2013 in Bali wurde die Gründung einer weiteren Entwicklungsbank angekündigt: Die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) soll sich ausschließlich mit der Finanzierung von Infrastrukturprojekten befassen. Aus

chinesischer Sicht soll sie die seit 1966 bestehende Asiatische Entwicklungsbank (Asian Development Bank, ADB) ergänzen und überflügeln.

FRUSTRATION ALS GRÜNDUNGSMOTIV

Die neu geschaffenen Finanzinstitutionen NDB, CRA und AIIB verdanken ihre Existenz wohl der zunehmenden Frustration über die lang angekündigten aber bisher nicht erfolgten Reformen von Weltbank, ADB und IWF zugunsten der Länder außerhalb der OECD-Gruppe. Die lang anstehende Neuverteilung der Stimmrechte zum Vorteil der aufstrebenden Ökonomien (alle BRICS-Staaten zusammen besitzen nur 11 Prozent der Stimmanteile, China gar nur 3,81 Prozent) war zwar schon 2010 beschlossen worden, scheiterte aber bislang am anhaltenden Widerstand des US-Kongresses. In der ADB blockieren die USA und Japan die fällige Veränderung der überholten Stimmrechts- und Quotenverteilung.

Mit einer Reform der Stimmrechte in den etablierten Finanzinstitutionen ist aufgrund des Widerstandes nicht so schnell zu rechnen. Worüber die IWF-Mitglieder jedoch bald entscheiden müssen ist die Frage, ob die chinesische Währung Renminbi bei der turnusmäßig alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfung zumindest Aufnahme in den Währungskorb findet, der den Wert und die Zusammensetzung der so genannten Sonderziehungsrechte festlegt. Bislang setzen sie sich bekanntlich aus US-Dollar (41,9 Prozent), Euro (37,4 Prozent), Yen (9,4 Prozent) und dem britischen Pfund (11,3 Prozent) zusammen. Aufnahmekriterien sind der Anteil am Weltexport und die freie Handelbarkeit der Währung. Was das zweite Kriterium betrifft, hat China zwar erhebliche Fortschritte erzielt, aber Beschränkungen im Kapitalverkehr bestehen weiterhin.

UNKLARER MEHRWERT

Indes stellt sich jedoch die Frage, welchen Beitrag die BRICS-Entwicklungsbank NDB wirklich zu leisten vermag, wenn sie tatsächlich ihrer Zielsetzung gerecht werden will, Kredite für Infrastrukturmaßnahmen und Projekte der nachhaltigen Entwicklung der Mitgliedsländer und den weiteren Kreis von Staaten des Südens zu vergeben. International fehlt es nicht an Entwicklungsbanken, gegenwärtig existieren bereits 17 weitere solcher Institutionen. Brasilien verfügt etwa mit der BNDES (Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social) und China mit der China Development Bank bzw. der demnächst ihre Arbeit aufnehmenden Asia Infrastructure Bank über durchaus finanzkräftige Einrichtungen, die (teilweise) bereits international aktiv sind. Als Mehrwert soll die BRICS-Bank »sanfte Kredite« für langfristige Projekte zur Infrastrukturentwicklung (Energie, Wasser, Transport und Kommunikation) anbieten, für die international angeblich zu wenig Finanzmittel verfügbar wären.

Die Erwartung, die BRICS-Bank könne als eine Klammer zwischen den mächtigen Ländern des Südens und dem »armen« Süden fungieren und damit durchaus auch innovative Anstöße für eine Entwicklungszusammenarbeit »beyond aid« liefern, wurde jedoch bereits auf dem Gründungsgipfel in Fortaleza enttäuscht. Den fünf BRIC-Staaten ist nämlich vor allem an der Förderung von Investitionen in ihren eigenen Ländern und allenfalls bei Bedarf und Möglichkeit in der Nachbarschaft gelegen; ein Indiz dafür ist wohl auch die Einrichtung lediglich eines Regionalbüros in Südafrika. Bei der neuen Entwicklungsbank handelt es sich nicht um eine von den BRICS angeführte Einrichtung, die neuen Mitgliedern offen steht. Die Bank wird daher auch nur in eingeschränktem Maße die Rolle des Schrittmachers für eine neue Entwicklungsagenda spielen, da keine erweiterten Beteiligungsformate angestrebt werden.

PRAXISTEST STEHT AUS

Der Realitätstest steht den neuen, von China angestoßenen (und dominierten) Finanzinstitutionen NDB und AIIB jedenfalls noch bevor. Auf viele Fragen, insbesondere etwa zu Transparenz, Arbeits- und Umweltstandards, Konditionalität oder Vergabeverfahren, stehen die Antworten aus. Die bisherigen Erfahrungen westlicher Entwicklungshilfe in den letzten Jahrzehnten haben jedenfalls gezeigt, dass das Fehlen von Investitionskapital nicht unbedingt den größten Entwicklungsengpass darstellt. Ohne gute Regierungsführung und ohne leistungsfähige administrative Institutionen in den Empfängerländern

scheint es kaum möglich, Kosten- und Zeitpläne einzuhalten und die neu geschaffene Infrastruktur angemessen in Stand zu halten.

Dass die nationalen Entwicklungserfahrungen nicht so ohne weiteres auf das Ausland übertragen werden können, musste China bereits mehrmals feststellen. Es ist daher denkbar, dass die neuen, von China und anderen Ländern geschaffenen Entwicklungsbanken den Reformprozess in den Bretton-Woods-Institutionen allenfalls anspornen. Einen voll- und gleichwertigen Ersatz stellen sie jedoch auf absehbare Zeit nicht dar.

Einerseits ist nicht zu erwarten, dass insbesondere China das Rad neu erfinden wird, sprich völlig neue Regeln, Standards und Prozeduren einführen möchten, nach denen die neuen Finanzinstitutionen funktionieren sollen. Allen Beteiligten müsste klar sein, dass laxere Konditionen und großzügigere Vergabepaxen auch gleichzeitig ein höheres Ausfallrisiko bedeuten. Und die NDB wie auch die AIIB werden und müssen wie jede Bank auf Tilgung und Verzinsung ihrer Kredite bestehen. Statt von einer Revision wird man daher wohl eher eine adaptive Fortentwicklung des bestehenden Bretton-Woods-Systems erwarten müssen.

RÜCKSCHRITT IN DIE 1950ER-JAHRE?

Auch wenn noch die konkrete Ausgestaltung wie auch die künftige Geschäftsgebarung der BRICS-Entwicklungsbank unklar sind, einige Problembereiche zeigen sich bereits jetzt: Was soll damit eigentlich gefördert werden (was nicht jetzt schon gefördert wird)? Erste Analysen und Einschätzungen (etwa der fundierte Artikel von Prado und Salles zum Potential der BRICS-Bank für die Entwicklungszusammenarbeit in der der Zeitschrift *Verfassung und Recht in Übersee*) lassen jedenfalls Schlimmes erwarten.

Aufgrund der ökonomischen Dominanz Chinas in der Gruppierung wird die BRICS-Bank wohl ein ähnliches Geschäftsverständnis an den Tag legen wie die etwa bereits jetzt aktive China Development Bank: Die Finanzierung von (baulichen) Großprojekten und die hemmungslose Unterstützung chinesischer Exportpolitik. Die Kredite Chinas an Argentinien belegen etwa dieses Verständnis: Beachtliche 7 Milliarden US-Dollar werden ausschließlich zur Finanzierung von gigantischen Kraftwerksbauten vergeben. Die Bauausführung erfolgt selbstverständlich durch chinesische Unternehmen. Diese Art von Kreditvergabe hat etwas mit Außenhandel zu

tun, nichts jedoch mit Entwicklung. Jegliche Errungenschaft moderner Entwicklungskonzepte (insbesondere Konditionalität und Schaffung von Institutionen) werden außer Acht gelassen, die Arbeit der letzten Jahrzehnte zur Seite geschoben.


BINDUNG AN DEN IWF

Der neue BRICS-Reservefonds CRA ist satzungsrechtlich sogar mit dem IWF verbunden: Genau wie etwa beim regionalen asiatischen Währungsfonds der Chiang-Mai-Initiative kann auf 70 Prozent des CRA-Währungspools nur unter Wahrung der IMF-Konditionalitäten zugegriffen werden. Bei den Vorarbeiten für die AIB fanden von Beginn an Konsultationen mit der Weltbank statt und für die Erstellung der AIB-Charta heuerte China schließlich eine Juristin an, die davor bereits drei Jahrzehnte für die Weltbank gearbeitet hatte.

Jede neue Entwicklungsbank muss Reputation aufbauen, um ihre Refinanzierungskosten niedrig zu halten und zahlungskräftige Finanzierungspartner zu finden. Dazu braucht es zahlungsfähige und -willige Kreditnehmer und geringe Zahlungsausfälle. Ein guter Ruf lässt sich erfahrungsgemäß durch Konzentration auf tragfähige Projektfinanzierung im Bereich der Infrastruktur besonders rasch erreichen; hier liegt sicherlich ein komparativer Erfahrungsvorteil der BRICS. Legt man etwa die Werte der lateinamerikanischen CAF zugrunde, dann kann die neue BRICS-Bank einen Kredithebel von 2,4 auf ihr Eigenkapital erzielen. Dieses kann bei gutem Ruf in den kommenden 20 Jahren auf 100 Milliarden anwachsen, die jährlichen Ausleihen somit auf gut 30 Milliarden. Das entspräche etwa der Hälfte der gegenwärtigen Kredite der etablierten Entwicklungsbanken. Bereits ohne Berücksichtigung der AIB könnte somit der multilaterale Entwicklungskredit der Zukunft zu mindestens einem Drittel nicht mehr von den etablierten Multilateralen stammen. Das wird unausweichlich auch die bisherige Global Governance beeinflussen und verändern.

KEIN ENDE DER DOLLAR-HEGEMONIE IN SICHT

Die Rolle des us-Dollars als dominante weltweite Reservewährung wird durch den BRICS-Beschluss zur Einrichtung eines Reservefonds jedenfalls nicht grundsätzlich in Frage gestellt, auch wenn Handelsgeschäfte und Kredite in den jeweiligen Währungen der Mitgliedstaaten abgewickelt werden sollten. Dennoch wird eine Politik der Diversifizierung von Währungsreserven forciert, die die Dominanz des us-Dollars mit Blick auf die beteiligten Staaten vermindern soll. Das Ideal einer auf Sonderziehungsrechten des Weltwährungsfonds

beruhenden internationalen Finanzordnung rückt ein Stück weiter in die Ferne. Allerdings steht auch die vielbeschworene Ablösung des Dollars durch den chinesischen Renminbi noch lange nicht auf der Tagesordnung. 

STEFAN BROCZA ist Experte für Europarecht und internationale Angelegenheiten. Er lehrt an der Universität Salzburg.

ANDREAS BROCZA ist Politologe und Lehrbeauftragter an der Universität Wien.

LITERATUR

Stefan Brocza (2014): Wozu eigentlich eine 18. Entwicklungsbank? In: Wiener Zeitung vom 10.02.2014. | **Hanns Günther Hilpert / Gudrun Wacker** (2015): Geoökonomie trifft Geopolitik. Chinas neue außenwirtschaftliche und außenpolitische Initiativen. SWP-Aktuell 2015/A 52. | **Günther Maihold** (2014): Die BRICS-Bank – der Einstieg in eine neue Weltfinanzordnung. SWP-Aktuell 2014/A 53. | **Mariana Prado / Fernanda Salles** (2014): The BRICS Bank's potential to challenge the field of development cooperation. | **Miriam Prys / Benedikt Franz** (2014): Der 6. BRICS-Gipfel – Rückschritt oder Institutionalisierung? Working Paper, Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien. | **Helmut Reisen** (2010): The Multilateral Donor Non-System. Towards Accountability and Efficient Role Assignment. Economics Discussion Papers, No 2009-18, Kiel Institute for the World Economy. | **Helmut Reisen** (2013): Noch eine Entwicklungsbank: die BRICS-Bank. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Die aktuelle Kolumne vom 13.05.2013. | **Helmut Reisen** (2014): Wird die BRICS-Bank die globale Finanzarchitektur ändern? Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Die aktuelle Kolumne vom 28.07.2014. | **Peter Wolf** (2015): Zu viel Wirbel um Chinas neue Entwicklungsbank. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Die aktuelle Kolumne vom 23.03.2015.



Richard Estes, «Downtown», 1978

Öl auf Leinwand; 122 x 152 cm, Foto © museum moderner kunst stiftung ludwig wien, Leihgabe der Österreichischen Ludwig Stiftung, seit 1991

THE DOOR



STEAKS & CHOPS	6 SANDWICHES	5 SANDWICHES
HAMBURGER 1.50	HAM ON BACON 85	TURKEY PRO WHITE 85
	LETTUCE & TOMATO 85	SAUSAGE 85
	TUNA FISH 70	CHOPPED EGGS OR 1.00
VEAL CUTLET 1.00	THREE DECKER 1.45	CLUB SANDWICH 1.25
WHOLE PIGS 55	TOAST OR ROLL 7.00 OR	
WITH HAM SAUSAGE 1.00		

CLAM CHOWDER SOUP
BEEF & GOULASH
BAKED VIRGINIA HAM
FRIED FILET OF SOLE
ROAST TURKEY & DRESS
ROAST SIRLION
MEAT LOAF & BEANS
VEAL CUTLET
FRANKS & BEANS
BREADED VEAL CUTLET



HyperAmerika Kunsthau Graz



Richard Estes, «Rappaport Pharmacy», 1976
Foto: József Rosta © Ludwig Museum – Museum of Contemporary Art

Busbahnhof, Flughafen und Fußball-WM

Das Aufkommen neuer Protestbewegungen in den letzten Jahren hat das Vorzeigebild Brasiliens angeschlagen. Bernhard Leubolt stellt die politische Lage in Brasilien dar und zeigt die Hintergründe der sozialen Auseinandersetzungen in ihrer historischen Bedeutung auf.

Die Bilder der brasilianischen Massenproteste im Rahmen des FIFA-Confederations Cup im Juni 2013 gingen um die Welt. Es waren die größten Proteste seit über zwanzig Jahren, die auch viele BrasilianerInnen überraschten. Obwohl während der Fußball WM weniger Menschen protestierten, markierten die Juni-Proteste von 2013 den Beginn gesellschaftlicher Mobilisierung und zunehmender Kritik an der Regierung. Dieser Beitrag beschreibt die aktuelle Protestdynamik in ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einbettung.

DAS ERBE DER SKLAVEREI UND KONSERVATIVE MODERNISIERUNG

Brasilien war lange Zeit als »Weltmeister sozialer Ungleichheit« bekannt: Die für die Kolonialisierung prägende Sklaverei wurde erst 1888 abgeschafft. Die gesellschaftlichen Strukturen von »Herrenhaus und Sklavenhütte«, wie sie der bürgerliche Historiker Gilberto Freyre treffend beschreibt, wurden jedoch auch nach 1888 in die lohnarbeitsbasierte kapitalistische Gesellschaft übertragen. Die Transformation zur bürgerlichen Gesellschaft folgte dem Muster der konservativen Modernisierung. Die Großgrundbesitzer genossen weiter viele Privilegien, obwohl das sogar die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes gefährdete.

Anfang des 20. Jahrhunderts wuchsen Städte und mit ihnen neue Mittelschichten und das Industrieproletariat. Ab den 1930er Jahren wurden diese Gruppen in das Staatsprojekt eingebunden, während am Land deutliche Überreste der Feudalstrukturen verblieben. Die Demokratie war selbst in ihrer »Blütezeit« zwischen 1945 und 1964 sehr eingeschränkt – Voraussetzung für das Wahlrecht war die Fähigkeit, Lesen und Schreiben zu können, wodurch die meisten LandarbeiterIn-

nen ausgeschlossen blieben. Sonst wurde das Land autoritär regiert. 1964 beendete ein Militärputsch die Regierung von João »Jango« Goulart, der es gewagt hatte, »Basisreformen« anzukündigen (besonders mittels einer Landreform) und die aus der Kolonialzeit stammenden Privilegien der Großgrundbesitzer anzutasten.

Die etwa 20 Jahre dauernde Militärdiktatur wurde 1964 durch Proteste der Mittelschichten eingeläutet. 300.000 bis 500.000 Menschen protestierten in São Paulo im Rahmen des »Marsches der Familie für Gott und die Freiheit« gegen die als »kommunistisch« bezeichnete Regierung. Schon damals unterstützten die wichtigsten Massenmedien wie z.B. die Zeitschrift »Veja« (auflagenstärkstes Printprodukt des Landes) die Putsch-Bewegung, die »dank« der Hilfe der Militärs für zwanzig Jahre das Land regieren sollte. In dieser autoritären Zeit wurden die Mittelschichten staatlich gefördert, während Bestrebungen zu Umverteilung brutal unterdrückt wurden. Die Wirtschaft wuchs gleichzeitig mit sozialer Ungleichheit – der Pfad der konservativen Modernisierung wurde verschärft.

Während der Diktatur entstand – besonders im studentischen Milieu – eine linke Protestbewegung, die Ende der 1970er Jahre an Stärke gewann, als wirtschaftliche Krisenerscheinungen der Diktatur eine wichtige Legitimationsbasis nahmen. »Ordnung und Fortschritt« konnten nicht mehr garantiert werden. Die Protestbewegung der 1970er und 1980er wurde stark von den Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen getragen. In diesem Klima wurden Forderungen nach mehr Demokratie mit Forderungen nach sozialen Verbesserungen verbunden. Bis heute ist das gesellschaftliche und intellektuelle Geschehen in Brasilien stark von dieser progressiven Bewegung geprägt. So entstanden die wichtigsten

Parteien aus der Oppositionsbewegung, ebenso wie die größte Gewerkschaft des Landes.

DEMOKRATISIERUNG UND LINKS-GERICHTETE SOZIALE BEWEGUNGEN

Die partizipativ erstellte Verfassung von 1988 spiegelte diese Bewegung wider und führte bedeutsame sozialpolitische Errungenschaften ein. Die Forderung nach gleichen demokratischen und sozialen Rechten war allgegenwärtig. Die ersten Präsidentschaftswahlen im Jahr 1989 gewann dennoch nicht der zentrale Repräsentant der sozialen Demokratiebewegung: Luis Inácio da Silva – »Lula«. Als Gewerkschafter war er zentrale Persönlichkeit der Massenstreiks, die seit Ende der 1970er Jahre das Finale der Militärdiktatur einläuteten.

Er etablierte sich während der 1980er Jahre als Führungspersönlichkeit der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores – PT), die sich aus radikalen GewerkschafterInnen, progressiven religiösen Bewegungen und linken Intellektuellen rekrutierte. Als Favorit verlor er sehr knappe Stichwahlen gegen den konservativen Populisten Fernando Collor de Melo, der von den Medien unterstützt wurde – insbesondere vom stärksten Massenmedium des Landes, dem Fernsehsender TV Globo. 1992 kam es dann aber wegen Korruptionsskandalen der Familie Collor nochmals zu Massenprotesten, die dazu führten, dass der Präsident abgesetzt wurde.

Die 1990er Jahre waren ökonomisch vom Vormarsch des Neoliberalismus geprägt. Lula verlor auch die nächsten Präsidentschaftswahlen 1994 als ursprünglich aussichtsreichster Kandidat. Der ehemals linke Universitätsprofessor Fernando Henrique Cardoso wurde medial als »Vater« des ersten gelungenen Inflationsbekämpfungsprogrammes »verkauft«, das unter seiner Ägide als Finanzminister eines der zentralen ökonomischen Probleme des Landes löste. Da die Armen besonders von der Inflation betroffen waren, kamen die entscheidenden Stimmen für Cardoso von ihnen, während Lula und die PT Mehrheiten im Bildungsbürgertum hatten. Neben ideologischen Fragen sprach für die PT, dass sie als Partei registriert wurde, die frei von Korruptionsskandalen war. Die »Sozialdemokratische Partei« (Partido da Social Democracia Brasileira – PSDB) Cardosos hingegen wurde im Zuge der neoliberalen Wirtschaftsreformen zunehmend zu einer Mitte-Rechts-Partei. Aufgrund steigender Arbeitslosigkeit und stagnierenden bis sinkenden Löhnen verlor die PSDB Ende der 1990er Jahre auch in der Mittelschicht an Legitimation.

DIE ARBEITERPARTEI IN DER REGIERUNG

2002 konnte Lula erstmals die Präsidentschaftswahlen gewinnen – mit starker Unterstützung der Mittelschichten. Er versprach das Ende des Hungers und die Verbesserung der sozialen Lage der ArbeiterInnen, während die Inflationsbekämpfung fortgesetzt werden sollte. Das führte zu einem widersprüchlichen politischen Programm der Beibehaltung zentraler neoliberaler Prinzipien bei gleichzeitiger Stärkung der Sozialpolitik und einer deutlichen Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns, der seit dem Amtsantritt um etwa 80 % real erhöht wurde. Die extremen sozialen Ungleichheiten wurden ebenso wie die Armutsraten deutlich gesenkt. Dennoch erfreuten sich auch die Unternehmen während der beiden Regierungen Lulas (2003–2006, 2007–2010) an steigenden Gewinnen. Die hohen Rohstoffpreise ermöglichten relativ hohes Wirtschaftswachstum, das ungleichmäßig an die gesellschaftlichen Gruppen verteilt wurde: Die Ärmsten und die Reichsten bekamen verhältnismäßig mehr, während für die Mittelschichten weniger übrig blieb. Der Ausbau der Sozialpolitik führte zum Entstehen sogenannter »neuer Mittelschichten« – SozialaufsteigerInnen, die nun stärker am Massenkonsum teilnehmen konnten (z. B. Unterhaltungselektronik, Shopping Centers, Billigflüge). Stipendienprogramme und Quotenregelungen ermöglichten Jugendlichen die Absolvierung von Studien und schürten Hoffnungen auf sozialen Aufstieg. Der soziale Aufstieg der Armen führte dazu, dass die PT eine neue WählerInnen-Basis bekam.

Gleichzeitig wandten sich die Mittelschichten verstärkt von der PT ab. Korruptionsskandale waren stark dafür verantwortlich: 2005, im Jahr vor der Wiederwahl Lulas, deckten die Medien auf, dass die PT mit Geldern aus Staatsbetrieben die Stimmen von Oppositionspolitikern kaufte, um für ihre Gesetzesvorhaben zu stimmen. Trotz des Skandals wurde Lula 2006 aufgrund der neuen Unterstützung durch die materiell profitierenden Armen wiedergewählt. Seit der Wiederwahl wurde dann der politische Spagat versucht, die Wirtschaftspolitik stärker keynesianisch zu steuern und gleichzeitig eine Koalition mit der politisch relativ starken Zentrumspartei PMDB einzugehen. Die spätere designierte Nachfolgerin Dilma Rousseff wurde als »Mutter« des »Programmes für wirtschaftliches Wachstum« als Kandidatin aufgebaut. Das Programm eines »Brasilien für alle« versprach Verbesserungen für alle und schien in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums machbar. Selbst die internationale Wirtschaftskrise 2008 konnte anfänglich mittels keynesianisch inspirierter anti-zyklischer Wirtschaftspolitik erfolgreich gemeistert werden: Verstärkte

Staatstätigkeit führte nach relativ milder Rezession 2009 (-0,2 % BIP-Veränderung) zu einem Wirtschaftswachstum von 7,6 % im Wahljahr 2010.

Dilma Rousseff gewann die Wahlen 2010. Die Ökonomin versprach eine Fortsetzung der bisher verfolgten Politik und versuchte, wirtschaftspolitisch die keynesianischen Reformen zu vertiefen. Mittels der Reduktion der hohen Zinssätze und des Wechselkurses sollte die nationale Industrie gegenüber dem internationalen Kapitalmarkt gestärkt werden. Gleichzeitig mit diesen Reformen veränderte sich aber die internationale Konjunktur: Sinkende Rohstoffpreise senkten nicht nur die brasilianischen Exporterlöse, sondern auch die wirtschaftliche Basis anderer wichtiger linker Regierungen in Südamerika – allen voran in Venezuela. Sowohl innerhalb der lateinamerikanischen Länder als auch am internationalen Parkett sah sich die Rechte im Aufwind und verstärkte den Widerstand gegen Links- bzw. Mitte-Links-Regierungen. Auch die brasilianischen Reformen einer Industrialisierung gestützt auf Umverteilung begannen zu stocken: Seit 2011 gingen die Wirtschaftswachstumsraten wieder zurück, bis auf 0,2 % im Wahljahr 2014. Der Kurs, alle gesellschaftlichen Gruppen am Wachstum teilhaben zu lassen, kann unter diesen Bedingungen nicht fortgesetzt werden. Gesellschaftlicher Widerstand wächst.

NEUE SOZIALE BEWEGUNGEN UND PROTESTE

Wie schon vor dem Putsch 1964 sind es wieder die Mittelschichten, die rebellieren. Da die Einkommensunterschiede zu den Armen zurückgingen, verloren die Mittelschichten gesellschaftlichen Status: »Der Flughafen wurde zum Busbahnhof« war eine der prominentesten Unmutsbekundungen aus der Mittelschicht. Der soziale Aufstieg führte zu größerer sozialer Durchmischung an Orten, die vorher relativ exklusiv waren: Vormals Ausgeschlossene waren auf einmal in Einkaufszentren oder auch in Billigflügen anzutreffen. Traditionelle Mittelschichten kritisierten Mode und Habitus der AufsteigerInnen, die den Orten ihre Exklusivität rauben würden.

Außerdem verteuerte die Erhöhung des Mindestlohns viele Dienstleistungen – z. B. Hausangestellte, KellnerInnen oder Sicherheitspersonal. Nachdem auch die Kosten für Wohnen deutlich stiegen, führte das teilweise zu einer geringfügigen Verschlechterung des Lebensstandards der traditionellen Mittelschichten. Zusätzlich wurde die Zahl der besser entlohnenden Arbeitsverhältnisse kaum erhöht. Aufgrund des verbesserten

Zugangs zu Universitäten erhöhte sich aber die Konkurrenz um die relativ raren Jobs der Mittelschichten. Einerseits schürte das Abstiegsängste und Ressentiments bei den traditionellen Mittelschichten: Das meritokratische Versprechen, durch Leistung und Ausbildung sozialen Status zu erreichen, scheint durch Quotenregelungen gefährdet. Überdies werden die Sozialprogramme dafür verantwortlich gemacht, dass arme Menschen »faul« gemacht wurden und weniger bereit sind, für sehr wenig Bezahlung einfache Dienstleistungen (z. B. Putzen) zu übernehmen. Aber auch die sozialen AufsteigerInnen spüren eine »gläserne Decke«, da es oftmals nicht gelingt, durch verbesserte Ausbildung auch tatsächlich beruflich in die Sphären der traditionellen Mittelschichten aufzusteigen.

Aus diesen Gründen ist es wenig verwunderlich, dass die neue Welle der Massenproteste vordergründig von den Mittelschichten getragen ist. Der Beginn der Proteste 2013 ging von der Studierendenbewegung für Freifahrt (Movimento Passe Livre – MPL) aus. Die progressive Gruppe protestierte gegen Fahrpreiserhöhungen des öffentlichen Verkehrs in São Paulo und wurde von der Polizei brutal behandelt. Nach der anfänglichen – in Brasilien üblichen – Kriminalisierung der Proteste, berichtet die Medien zunehmend positiv über die Protestierenden und verbanden die Demonstrationen mit Kritik an der Bundesregierung. Das veränderte die politische Dynamik der Proteste. Sie richteten sich nun gegen Korruption in Regierung und FIFA. »Ich möchte ein Krankenhaus mit FIFA-Qualität« war eine der typischen Forderungen für bessere öffentliche Krankenhäuser und Schulen statt neuer Stadien. An diesem Punkt begann sich auch die politische Rechte zu formieren – z. B. in São Paulo wurden Personen mit roten T-Shirts aus den Demonstrationen »hinausgeprügelt«. Auch extreme Gruppen wie »sos-Militar«, die sich für einen erneuten Militärputsch gegen die »kommunistische PT« einsetzen, begannen, offen ihre Forderungen zu präsentieren.

AUSTERITÄTSPOLITIK UND AUFSTIEG DES RECHTEN WIDERSTANDES

Während die Proteste im Umfeld der Fußball-Großveranstaltungen politisch ambivalent waren, veränderte sich das danach deutlich. Die Präsidentschaftswahlen 2014 waren schon sehr stark im Zeichen einer Auseinandersetzung zwischen links und rechts zugespitzt. Die linke PT-Kandidatin Dilma Rousseff konnte sich zwar knapp durchsetzen, das Parlament ist nun aber deutlich nach rechts gerückt. Präsidentin und ParlamentarierInnen werden in Brasilien direkt gewählt. Die PT hatte zwar nie eine Mehrheit im Parlament, die letzte Wahl endete

aber mit einer besonders empfindlichen Niederlage in der Legislative. Auch innerhalb der Parteien setzten sich VertreterInnen konservativer Freikirchen sowie des Agro-Business stärker durch als bisher. Die PT koaliert seit 2006 mit der Zentrums-partei PMDB, die jedoch auch nach den Wahlen 2014 nach rechts gerückt ist. Einzelne PMDB-ParlamentarierInnen – allen voran der Anfang 2015 gewählte Parlamentspräsident Eduardo Cunha – sind sogar deklarierte RegierungsgegnerInnen.

Auch wirtschaftlich ging es in den letzten Jahren tendenziell ergab. Für 2015 wird eine Rezession beobachtet bzw. diagnostiziert. Die Reaktion der Regierung war eine Rückkehr zur Sparpolitik. Der 2015 bestellte Finanzminister Joaquim Levy ist ein zentraler Vertreter der Austeritätspolitik. Obwohl auch VertreterInnen des linken Flügels der PT in der Regierung vertreten sind, machte sich Ernüchterung breit. Dilma Rousseff hatte sich im Wahlkampf als Bastion gegen den Neoliberalismus präsentiert. In den letzten Monaten bekam die Realpolitik aber wieder stärker neoliberale Züge. Das kritisiert die Basis der PT: »Wäre es wirklich anders, wenn sich Aécio Neves (der konservative Kandidat) bei der Wahl durchgesetzt hätte?«

Die rechte Opposition wird nun zunehmend stärker und ansatzweise wächst sogar ihre zivilgesellschaftliche Unterstützung. Noch 2014 wurde ein weiterer großer Korruptionsskandal im größten Staatsbetrieb des Landes – der Erdölfirma Petrobras – aufgedeckt. Die korrupten Praktiken können zwar bis in die Militärdiktatur zurückverfolgt werden und sind nicht neu, sondern ein historisches Kontinuum. Parteimitglieder aller Couleur sind in die Skandale verwickelt, insbesondere RegierungspartnerInnen der PT, aber eben auch die PT selbst. Die früheren Hoffnungen mancher Teile des Bildungsbürgertums im Hinblick auf »saubere Politik« wurden so zerstört und machen die PT zum Sündenbock aller Probleme. Die durch den Korruptionsskandal verstärkte politische Krise wirkt sich auch ökonomisch negativ aus. Auch Stimmen, die erneut Privatisierungen fordern, werden stärker.

2015 formierte sich der Widerstand in erneuten größeren Protesten, die nun kaum noch politisch ambivalent, sondern vielmehr polarisiert sind. Wie schon in der Vergangenheit ist das Zentrum der Demonstrationen wieder die größte und reichste Stadt des Landes – São Paulo. Im März 2015 fand die größte Kundgebung der rechten Opposition statt: Unter dem Banner der Kritik von Korruption und »Kommunismus« versammelten sich Mittel- und Oberschichten. Untersuchungen

zeigten, dass die Armen diesen Demonstrationen weitgehend fern blieben. Kritik an Sozialpolitik und Quotenregelungen wird mit der Kritik an internationaler Kooperation mit sozialistisch regierten Ländern wie Kuba oder Venezuela verbunden. Die Toleranz gegenüber radikalen Gruppierungen wie »SOS Militar« steigt. Ihre Teilnahme an den Demos wird nicht öffentlich kritisiert, sondern vielmehr die »Pluralität des Widerstandes« gegen die Regierung gelobt. »PT und Dilma (Rousseff) raus« eint als Forderung momentan die Widerstandsbewegungen, die versuchen, die Präsidentin mit einer Amtsenthebungskampagne los zu werden. Besonders die größte Oppositionspartei PSDB unterstützt diese Forderungen.

Parallel zu den rechten Demonstrationen der Mittel- und Oberschichten wurden aber auch linke Gegenkundgebungen organisiert. Im März 2015 versammelten sich zwei Tage vor der besagten Großveranstaltung nahezu ebenso viele TeilnehmerInnen einer linken Demonstration. Nahezu ohne internationales Medienecho wird die Solidarität mit der Regierung mit Kritik an Austeritätspolitik und Gesetzesvorhaben kombiniert, die vom stärker konservativ geprägten Parlament ausgehen. Umfragen zeigten, dass die TeilnehmerInnen an diesen Veranstaltungen sozial und ethnisch viel stärker gemischt sind und auch viel mehr Arme daran teilnehmen. Trotz weiterhin vorhandener Mobilisierungskapazität leidet dieser Kampf gegen den »Putschismus« der Rechten und die Vertiefung sozialer Reformen an der Frustration im Hinblick auf die aktuell verfolgte Realpolitik.

FAZIT UND AUSBLICK

Im Gegensatz zur Regierungszeit von Lula (bis 2010) ist Brasilien also von einer stärker werdenden Konfliktodynamik geprägt. Einerseits spitzen sich ökonomische Widersprüche zu und die internationale Finanzkrise wirkt sich auf das Land aus. Das wird durch die instabile politische Situation gestärkt. Auch die Konzentration der Reformpolitik auf die Stärkung geringer Einkommen und damit die Förderung des Massenkonsums zeigt Auswirkungen: einerseits die Missgunst der traditionellen Mittel- und Oberschichten, sich nicht mit den SozialaufsteigerInnen mischen zu wollen, andererseits auch die relative Vernachlässigung von sozialer Infrastruktur, vor allem im urbanen Raum. Daraus entstand eine ambivalente Protestdynamik, die während und nach den Präsidentschaftswahlen zunehmend politisch polarisiert wurde. Die politische Polarisierung wirkt sich negativ auf das sozial-reformistische Projekt eines »Brasilien für alle« aus, das immer weniger realisierbar scheint.

Aktuell ist es schwer prognostizierbar, wie die aktuellen Auseinandersetzungen weiter verlaufen werden. Die Kampagne für eine Amtsenthebung der Präsidentin würde bei Erfolg den aktuellen Vize-Präsidenten von der PMDB zum Präsidenten machen und damit wahrscheinlich die PT aus der Regierung drängen. Obwohl der brasilianische Rechnungshof aktuell Untersuchungen durchführt und führende Manager der größten Bauunternehmen, die viele Regierungsaufträge ausführten, im Juni 2015 wegen Korruptionsverdacht in Untersuchungshaft kamen, scheint das »Impeachment-Szenario« wenig realistisch. Dennoch ist die politische Rechte auf dem Vormarsch. Aufgrund der Ernüchterung der sozialen und politischen Basis der Regierung im Hinblick auf die Sparpolitik ist damit zu rechnen, dass die 2016 kommenden Kommunalwahlen in einem noch größeren Fiasko für die PT enden werden als die Parlamentswahlen 2014. Der in seiner Amtszeit so beliebte Präsident Lula hat zwar Anfang 2015 eine erneute Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2018 öffentlich angekündigt, aber noch nicht 100 %ig zugesagt.

Im Juni 2015 sprach er bei einer großen politischen Veranstaltung von einer notwendigen Erneuerung der brasilianischen Linken. Die PT wäre in den letzten Jahren zu stark auf politische Ämter konzentriert gewesen und habe dabei viel an politischem Enthusiasmus und Elan vergangener Tage verloren. Von der brasilianischen Jugend solle eine Erneuerung – eventuell auch die Gründung einer neuen progressiven Partei – ausgehen. Aktuell gibt es dafür aber wenig Anzeichen: Marina da Silva mit ihrem ökologischen Programm versucht sich als eine solche Bewegung zu präsentieren, ist aber sehr stark mit konservativen Freikirchen und neoliberalen ÖkonomenInnen verknüpft. Politische Parteien links von der PT sind aktuell weit davon entfernt, eine Massenbasis aufbauen zu können. Die progressiven sozialen Bewegungen versuchen sich daher weiterhin mehrheitlich im Spagat einer kritischen Solidarität gegenüber der Regierung. Das Land scheint auf einem Scheideweg und die Zukunft besonders ungewiss. Die Auswirkungen der gestiegenen Unzufriedenheit werden wohl erst im weiteren Verlauf der Ereignisse klarer hervorkommen.



LITERATUR

Leubolt, Bernhard (2015): Transformation von Ungleichheitsregimes: Gleichheitsorientierte Politik in Brasilien und Südafrika. Wiesbaden: VS Springer. | **Novy, Andreas** (2001): Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes. Wien: Promedia. | **Saad-Filho, Alfredo** (2013): Mass Protests under 'Left Neoliberalism': Brazil, June-July 2013. In: *Critical Sociology* 39 (5), 657-669. | **Singer, André** (2014): Rebellion in Brazil. In: *New Left Review* II (85), 19-37.

BERNHARD LEUBOLT

arbeitet an der Wirtschaftsuniversität Wien und ist aktuell Gastforscher in Brasilien an der Universidade Estadual de Campinas



Robert Adams, aus: *The New West*, 1968-72

«Federal 40. Mount Vernon Canyon. Jefferson County, Colorado», 1970, Silbergelatine Print, 15,2 x 14,1 cm, © Robert Adams, Courtesy Fraenkel Gallery, San Francisco

Die dunkle Seite des Finanzplatzes Wien

Thomas Riegler bespricht das 2015 erschienene Buch »Das schmutzige Geld der Diktatoren« von Florian Horcicka.

Kultur, Musik, Melange, Prater, Sachertorte – das sind die gängigen und betont harmlosen Klischees zu Wien. Es gibt aber auch dunkle Seiten. Auf eine davon nimmt der britische Autor John Le Carre in seinem Spionageroman »Marionetten« (A Most Wanted Man, 2008) Bezug. Die kurze, aber prägnante Sequenz handelt von einem russischen Oberst, der all das Schwarzgeld, das er im postkommunistischen Umbruch angehäuft hat, in Sicherheit bringt – und zwar in einer Wiener Privatbank unter Mithilfe des britischen Geheimdiensts. Warum gerade dort? Dazu heißt es bei Le Carre: »Wladimir mochte Wien. Seine Delegationen hatten ihn ein paar Mal dorthin geführt. Er mochte den Wiener Walzer und die Wiener Bordelle und die Wiener Schnitzel. Wo würde er also hinfahren, um von Zeit zu Zeit sein Geld zu besuchen, als ins gute alte Wien?«

Innerhalb der letzten Jahre ist die österreichische Hauptstadt vermehrt als bevorzugter Wohn- oder Anlageort osteuropäischer Oligarchen, arabischer Potentaten und umstrittener Exilanten in die Schlagzeilen gekommen. Die Gründe dafür sind mannigfaltig – neben der politischen Neutralität, der hohen »Lebensqualität«, der zentralen geografischen Lage und laschen Strafen für Spionage spielt noch ein weiterer Faktor eine Rolle: Wegen seiner Intransparenz ist der Finanzplatz Österreich seit Jahrzehnten Anziehungspunkt für »schmutziges Geld«. Das ist die Hauptaussage von Florian Horcickas Buch »Das schmutzige Geld der Diktatoren«, das 2015 bei Kremayr & Scheriau erschienen ist.

Für den »Format«-Journalisten Horcicka bieten manche westeuropäische Demokratien wie Österreich umstrittenen Machthabern ideale Möglichkeiten, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen: »Strenges Bankgeheimnis, Privatstiftungsrecht, diskrete Steuerberater und Rechtsanwälte sowie die bisweilen (un-)heimlich wohlwollende Unterstützung der

Politik begünstigen die klandestinen Machenschaften. Geldwäsche, die ermöglichte Verletzung von Menschenrechten in den Herkunftsländern, Steuerhinterziehung in großem Stil und sogar einige Morde sind die tragische Folge.« Insbesondere Österreich, so Horcicka, genieße international den Ruf als »sicherer Hafen für Geld«: »Neben der Schweiz und Liechtenstein genießt Österreich für seine finanzielle Diskretion nämlich Weltruhm. Nirgendwo anders lässt sich Vermögen einfacher investieren, tarnen und dann wieder außer Landes schaffen als in Wien oder Salzburg. Und es bleibt hierzulande genug hängen, um die Maschinerie aus Banken, Rechtsanwälten, Beratern, Steuerexperten und Polit-Günstlingen am Leben zu erhalten.«

STEUEROASE ÖSTERREICH

Noch 2013 belegte Österreich im »Schattenfinanzindex« des Tax Justice Network Platz Nr. 18: Weit vor den als Steueroasen berüchtigten britischen Jungferninseln (20), Liechtenstein (33), den Bahamas (35), Zypern (41) oder Irland (47). Seitdem hat sich viel getan: Ab 2016 fällt das Bankgeheimnis sowohl für In- als auch Ausländer. Mit Ende 2017 sollen dann erstmals Daten an ausländischen Steuerbehörden übermittelt werden. Österreich hatte sich innerhalb der EU lange geweigert, diesen Informationsaustausch umzusetzen. Erst wenn tatsächlich ein Strafverfahren gegen einen ausländischen Bankkunden eingeleitet wurde, konnte das betreffende Konto auf richterlichen Beschluss geöffnet werden. Ob die Lockerung des Bankgeheimnisses die »großen Fische« aus Österreich vertreiben wird, ist fraglich. Denn viele Steuerprivilegien bleiben ohnedies bestehen: Einerseits durch das Stiftungsrecht, andererseits sind Vermögen durch die Abschaffung von Vermögens- und Erbschaftssteuern praktisch steuerfrei. Die Zahl österreichischer Stifter und Begünstigter (darunter auch Oligarchenstiftungen mit Sitz in Wien) beträgt laut Horcicka »zwischen 3000 und 6000 Rechtssubjekte«.

GAZPROM-DREHSCHLEIBE WIEN

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion flossen enorme Geldmengen aus Osteuropa nach Österreich. »Seit Anfang der neunziger Jahre konnten sich bekannte kriminelle Autoritäten ein schönes Leben in den Wiener Luxushotels machen oder prächtige Villen in ganz Österreich kaufen. Mit ihren prallen Geldbündeln, weil sie den Banken noch nicht vertrauten, war in Österreich sowieso vieles zu kaufen, nicht nur Sachwerte wie Immobilien oder Edelmarken-Luxuskitsch«, befindet der deutsche Experte in Sachen organisierter Kriminalität, Jürgen Roth. Ein gutes Beispiel für die Tätigkeit russischer Investoren in Österreich ist Gazprom, der größte und mächtigste Konzern Russlands mit rund 500.000 Mitarbeitern und einem Jahresgewinn von rund 28 Milliarden Dollar.

Heute sei Wien die Drehscheibe für die wichtigsten russischen Gasaktivitäten in Westeuropa. Nicht umsonst meinte der Anwalt des Regimekritikers Michail Chodorkowskij schon 2008: »Wien ist der Abwasserkanal der russischen Geldwäsche. Wir können nicht für Demokratie in Russland kämpfen, wenn wir den Fluss schmutzigen Geldes nach Österreich nicht stoppen können.« Ähnliches trifft auch auf andere osteuropäische Länder zu – so sollen sich die ukrainischen Geschäftsinteressen in Österreich auf 1,6 Milliarden Euro an gebunkerten Vermögen belaufen. »Nicht zuletzt deshalb, weil österreichische Banken in der Ukraine höchst aktiv sind bzw. waren, das heimische Bankgeheimnis gerade im Osten einen guten Ruf genießt und die Möglichkeit der diskreten und steuerschonenden Privatstiftung Vermögen geradezu magnetisch anzieht«, so Horcicka.

EIN BLICK ZURÜCK

Zwischen 1982 und 2004 wickelte die Golden Star Bank AG in der Wiener Kaiserstraße Nr. 12 Geschäfte nordkoreanischer Firmen und Personen ab – als einzige Bank des kommunistischen Regimes in der westlichen Hemisphäre. Was genau hinter den Fassaden ablief, konnte nie restlos geklärt werden – jedenfalls war man dort nicht nur Finanzgeschäften nachgegangen. Seitdem tätig das für Beschaffung zuständige »Office 39« des nordkoreanischen Geheimdiensts immer wieder Embargogeschäfte auch in Österreich.

Laut westlichen Geheimdienstkreisen erfüllte die in Wien-Wieden angesiedelte Third World Relief Agency (TWRA) Anfang der 1990er Jahre eine Schlüsselrolle, wenn es darum ging, radikal-islamistischen Kräfte auf dem Balkan finanziell und logistisch zu unterstützen. Der Verein war 1987 von den su-

danesischen Brüdern Fatih und Sukarno Hassanein gegründet worden. Die TWRA soll eine der wichtigsten Nachschubkanäle für das Bürgerkriegsland Bosnien gewesen sein, nachdem die UNO 1991 ein Waffenembargo erhängt hatte. Zwischen 1992 und 1995 sollen 350 Millionen US-Dollar nach Bosnien geflossen sein – wenigstens die Hälfte der Summe wurde aufgewendet, um Waffen zu kaufen und zu schmuggeln.

Die Aktivitäten der TWRA waren kein Einzelfall: Bei der Erste Bank in Wien existierte noch im Jahr 2001 ein Konto der im Sudan registrierten Al Ahmal Islamic Bank, die vom US-Geheimdienst ebenfalls dem Finanznetzwerk von Osama Bin Laden zugerechnet wurde. Kurze Zeit später, am 15. Juni 2002, hörte der italienische Geheimdienst ein Gespräch zwischen zwei Jihadisten in Mailand ab: »Das Land, von dem alles seinen Ausgang nimmt, ist Österreich«, sagte der Algerier Abderrazak Mahdjoub. »Also ist Österreich eine große Macht geworden«, entgegnete sein Gesprächspartner, der ägyptische Imam Nasr Usama Mustafa Hasan. »Ja, alles verkehrt dort«, sagte Mahdjoub, »dort ist jede Menge Geld im Umlauf«.

»UNVERHÄLTNISSMÄSSIG RUHIG«

Österreich hat einen auf den ersten Blick paradox anmutenden Weg gefunden, für stabile Verhältnisse zu sorgen: Allen potentiellen »Unruhestiftern« wird ein Umfeld geboten, in dem sie sich wohlfühlen und ungestört ihren Aktivitäten nachgehen können – solange nichts »passiert« und Österreichs eigene Sicherheit betroffen ist. Emil Bobi hält dazu in seinem Buch »Die Schattenstadt« (2014) fest: »Die Geheimdienste, die Mafia-Größen, die Großkriminellen, die terroristischen Schläfer und die anderen Schattenfiguren der Macht nutzen Wien als Ruheraum, bringen ihre Schäfchen ins Trockene, genießen das Bankgeheimnis und das einschlägige Verständnis der Stadt für ihre Zielgruppe. Ihren Organisationen ist es strikt verboten, in dieser Stadt aufzufallen oder gar Schießübungen zu veranstalten. Tatsächlich ist Wien, verglichen mit der Dichte der anwesenden einschlägigen Personen, unverhältnismäßig ruhig.«

Auch Horcicka betont, dass in Wien ein Art »unausgesprochenes Abkommen« gilt: »Geschossen wurde lieber in Budapest, Warschau oder Bratislava – in Wien ging und geht es österreichisch-gemütlich ab – meistens jedenfalls.« Ungeachtet der Morde an den Geschäftsleuten Sergej Achmedow (1994), Izrael Laster (1996) und dem georgischen Mafia-Paten David Sanikidze (1996) gilt Wien als »sicherer Hafen für Finanz-Jongleure«. In Österreich selbst nennen man so einen

Ort »Leo« – »und dieses Leo wird noch gemütlicher mit einer begehrten Staatsbürgerschaft, die bisweilen sogar mit Geld zu kaufen ist«.

Danach gefragt, warum es eigentlich so viele dubiose Gestalten an die Donau ziehe, antwortete »Kieberer«-Legende Max Edelbacher 2012 im profil-Interview: »Da ist einmal das sehr einladende Bankensystem. Dann gibt es hier diese balkanische Gastfreundschaft und die Mentalität des Gebens und Nehmens. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte. Geld stinkt nicht in Österreich, da fragt niemand, woher das kommt.« Wien sei immer schon ein »Rückzugsgebiet für Schmuggler und Verbrecher aller Art« gewesen – »immer gab es auch politische Verflechtungen und daraus entstandene Freundschaftskontakte. Das alles hat sich im Wesen bis heute nicht verändert. Siehe Haider-Gaddafi, siehe gekaufte Staatsbürgerschaften«, so Edelbacher.

MANCHMAL MUSS MAN FARBE BEKENNEN

Wenn es dennoch »laut« wird und kein anderer Ausweg bleibt, als sich einzumischen, macht die Republik oft keine besonders gute Figur: Als sich 2007 eine junge Ukrainerin unter ungeklärten Umständen auf dem Grundstück der Döblinger Villa von Saif Gaddafi (Sohn des gestürzten libyschen Diktators) verletzte, reiste dieser nur wenige Stunden später ab – an Bord des Jets eines österreichischen Bauunternehmers. Die Ermittlungen wurden ohnedies eingestellt. Als 2011 Muammar al-Gaddafis Regime unterging, befanden sich laut Nationalbank 1,2 Milliarden Euro an Spar- und Termineinlagen libyschen Ursprungs auf österreichischen Konten – ein internationaler Spitzenwert

Der lange Arm russischer Interessen wurde in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2011 überdeutlich. Der per Interpol-Haftbefehl gesuchte ehemalige KGB-Offizier Michael Golowatow war am Wiener Flughafen verhaftet worden. »Vertreter der russischen Botschaft bemühten sich sofort um den Festgenommenen, der Botschafter intervenierte telefonisch um 3.20 Uhr beim Wiener Oberstaatsanwalt und konnte eine Überstellung Golowatows in eine Justizanstalt verhindern. Wenige Stunden später war er frei und konnte ein Flugzeug nach Moskau besteigen«, berichtete die deutsche »Zeit«.

»ZÜGE EINES SCHLECHTEN JAMES-BOND-FILMS« – DIE CAUSA ALIYEV

Rakhat Aliyev war bis zur Scheidung in Abwesenheit Schwiegersohn des seit 1990 amtierenden kasachischen Präsidenten

Nursultan Nasarbajew. Außerdem war er Hauptaktionär einer der größten kasachischen Banken, der Nurbank. Als zwei Manager dieser Bank 2007 verschwanden, verlangten die kasachischen Behörden von Österreich (wo Aliyev damals Botschafter war) die Auslieferung. Weil erhebliche Zweifel daran bestanden, dass Aliyev ein rechtsstaatliches Verfahren erwartete, wurde dies 2007 und 2011 verweigert. Dreimal soll der kasachische Geheimdienst KNB daraufhin eine Entführung Aliyevs geplant haben. Österreich sei seinem Ruf, »der Tummelplatz schlechthin für Spione aller Herren Länder zu sein«, gerecht geworden, merkte Aliyev in seiner umstrittenen Verteidigungsschrift »Tatort Österreich« (2013) an: »Die illustren Aktivitäten der kasachischen Geheimdienste nahmen hierzulande nämlich die Züge eines schlechten James-Bond-Films an.« Laut Horcicka ist aber auch klar: »Aliyev und sein Clan nutzten Österreich und seine speziellen Strukturen für Vermögenstransaktionen und mutmaßliche Geldwäsche im großen Stil.«

Um die seit 1991 bestehenden guten wirtschaftliche Kontakte zwischen Österreich Kasachstan nicht zu stören, wurde Aliyev 2011 aufgefordert, Österreich zu verlassen. Er tat dies mit einem eigens für ihn ausgestellten Fremdenpass und hielt sich in Malta auf. Erst nachdem der Anwalt Gabriel Lansky für seine Mandanten – ein Unterstützungsverein der Witwen der Mordopfer mit angeblichen Verbindungen zum KNB – massiven Druck auf die Strafverfolgungsbehörden aufbaute, wurde ein Haftbefehl erlassen. Aliyev wurde nach seiner Rückkehr nach Österreich im Juni 2014 verhaftet. Die Anklage gegen ihn und zwei kasachische Mitverdächtigen wegen Erpressung, Freiheitsentzug, schwerer Nötigung und Mord hatte das Potential, »eines der größten Strafverfahren in der österreichischen Justizgeschichte zu werden« (»Tagesanzeiger«). Doch am 24. Februar 2015 wurde Aliyev erhängt in seiner Zelle gefunden. Es wurden keine Anzeichen für Fremdverschulden gefunden.

TOD EINES EX-PREMIERMINISTERS, ATTENTATSPÄNE GEGEN EINEN OLIGARCHEN

Mysteriös geblieben ist der Tod des ehemaligen libyschen Premierministers Shukri Ghanem geblieben: Dieser hatte sich nach dem Ausbruch der libyschen Revolution nach Österreich abgesetzt, wo er seit seiner Tätigkeit für die OPEC einen unbefristeten Aufenthaltstitel innehatte. Am 29. April 2012 trieb Ghanem ertrunken in der Neuen Donau. Zuvor soll er laut Staatsanwaltschaft einen Herzinfarkt erlitten haben. Tatsächlich spricht vieles gegen diese offizielle Version, Unter

Gaddafi war Ghanem Chef der staatlichen Erdölgesellschaft gewesen und hatte die Kontrolle über zahlreiche libysche Investmentfonds. Laut den Recherchen von Horcicka soll sich Ghanem im Wiener Exil geweigert haben, Gelder an den revolutionären Übergangsrat freizugeben. Daraufhin wurde ein Killerkommando in Marsch gesetzt, Dessen Einreise bzw. die Identitäten der Mitglieder sollen dem Wiener Landesamt für Verfassungsschutz schon im Vorfeld »detailliert« bekannt gewesen sein.

Ende 2014 wiederum machte ein angebliches Mordkomplott gegen den ukrainischen Oligarchen Dmity Firtasch die Runde. Firtasch, gegen den wegen Veruntreuung von 250 Millionen Dollar ein US-Haftbefehl vorlag, wurde von der österreichischen Justiz nicht ausgeliefert. Anfang März 2015 zauberte Firtasch eine »Agentur für die Modernisierung der Ukraine« aus der Tasche – mit Ex-ÖVP-Vizekanzler Michael Spindelegger als Hauptkoordinator. In Wien bewohnt Firtasch laut Horcicka die Mietvilla Wolter in der Hietzinger Gloriettegasse – Vorbesitzer war der Aliyev-Clan. Ob das ein gutes Omen ist?

Zwischenzeitlich sollen schon Killer aus Ungarn und Rumänien eingereist sein, um Firtasch im Auftrag von geprellten Gegnern zu ermorden. Ein Staatsanwalt meinte dazu: »Ich habe mich nicht sonderlich gewundert, denn erstens kommt Firtasch aus dem Osten und zweitens ist viel Geld im Spiel.«

Am Schluss von »Das schmutzige Geld der Diktatoren« fordert Horcicka, dass Österreich die angesammelten Altlasten loswerden müsse: »Kein leichtes Unterfangen, schließlich ist auf Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu achten. Die riesigen Immobilien-Anhäufungen wird man also kaum wirksam angreifen können. Das Gleiche gilt für in Österreich etablierte Firmen und Tochterunternehmen ausländischer Imperien. Bleiben einzelne Kontenöffnungen bei Verdachtsfällen von Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung.« Das treffe aber nur eine kleine Gruppe von Geschäftsleuten, während man sich an die »großen Fische« nicht heranwage. Es bleibt also abzuwarten, was die große Wende beim Bankgeheimnis tatsächlich bringt. Fest steht nur eines: Es kann nicht so weitergehen wie bisher! 🍷

THOMAS RIEGLER

ist Historiker und lebt und arbeitet in Wien.

LITERATUR:

Rakhat Aliyev, Tatort Österreich. The Godfather-in-law II, Wien 2013. | **Emil Bobi**, Die Schattenstadt. Was 7.000 Agenten über Wien aussagen, Salzburg 2014. | **Herwig G. Höller**, Was Brot ich ess, in: Die Zeit, Nr. 15/2013. | **Florian Horcicka**, Das schmutzige Geld der Diktatoren, Wien 2015. | **Michael Nikbakhsh**, Schmutziges Geld, in: profil, Nr. 40/2001, 56-59. | **Jürgen Roth**, Gazprom – das unheimliche Ungeheuer. Wie wir Verbraucher betrogen und Staaten erpresst werden, Frankfurt am Main 2012.



Florian Horcicka **DAS SCHMUTZIGE GELD** **DER DIKTATOREN**

Verlag Kremayr & Scheriau
Wien 2015
192 Seiten



HyperAmerika Kunsthauus Graz



Joel Sternfeld, «Wet'n Wild Aquatic Theme Park,
Orlando, Florida", September 1980,
C-Print, 40,3 x 51 cm, Courtesy des Künstlers, Luhring
Augustine, New York und Buchmann Galerie, Berlin

Erkenntnistheorie

Unter dem Titel »Die letzten Udinge« geht Karl Czasny nicht nur der »Angst vor dem Tod« auf den Grund, sondern führt durch die Grundfragen von Sein und Nichtsein, Glauben und Nichtglauben und zentrale Themen der Philosophie.

Ausgangspunkt des rund 300-seitigen Werks ist nach Bekunden des Autors die eigene Angst vor dem Tod, die auf eine erkenntnistheoretische Reise über das Sein, das Subjekt und die Seele, den Glauben, Religionen mit und ohne Gott und schließlich den Tod führt. Das Buch ist dabei sicherlich nicht als eine Art Gegenstück zu einem Lebensratgeber zu sehen und es scheint wichtig zu betonen, dass diese tour d’horizon der Erkenntnistheorie durchaus auch für jene bereichernd ist, die kein unmittelbares Bedürfnis verspüren, sich persönlich intensiv mit »den beängstigenden Gefühlen von Einsamkeit und Trauer«, die mit der Vorstellung des »Nichts« verbunden sind, auseinanderzusetzen.

Knapp zwei Drittel des Buches widmen sich grundlegenden philosophischen und erkenntnistheoretischen Fragen: Czasny zeigt auf, dass die Vorstellung des »Nichts« als »dinglicher Gegenspieler des als Ding missverstandenen Seins« in die Irre führe. Das dingliche Nichts sei »das Uding schlechthin«. Weil das »Sein« kein Ding, sondern ein Verhaltensmuster darstelle, zieht er es vor, den Gegensatz zum »Sein« als »Nichtsein« statt als »Nichts« zu definieren, um den nicht-dinglichen Charakter sichtbar zu machen.

Um sich den Zustand des Totseins als Vorstellung annähern zu können, wechselt Czasny in die Perspektive einer »Überwelt«, als Raum für erkenntnistheoretische Betrachtungen. Von hier aus ist es möglich, sich den Lauf der Dinge vorzustellen, ohne diesen Raum zu einem »Jenseits hochzustilisieren«. Czasny sieht eine Tröstung und Entlastung in der Einsicht, dass alle »Schreckensbilder« der Einsamkeit, der Kälte und Leere des Nichtseins »Projektionen mit nicht geklärtem Wahrheitsgehalt« sind. Jenseitsbezogene Gedanken

würden zwar zwangsläufig entstehen, würden aber erkenntnistheoretisch »ins Leere laufen«.

Ein wichtiger Punkt ist für den Autor, dass die »Zurückweisung der Sinnhaftigkeit und Wahrheitsfähigkeit von jenseitsbezogenen Aussagen etwas ganz anderes ist als ihre Verneinung.« Diese würde nämlich implizit einräumen, dass Behauptungen über das Jenseits wahrheitsfähig wären und fielen selbst auf die »Schimäre des Jenseits« hinein. Auf diesen Gedanken kommt Czasny in der Frage des Glaubens nochmals zurück.

Czasny entwickelt in Anlehnung an Kant eine transzendente Perspektive, die er in einem eigenen Abschnitt vom »Glauben« abgrenzt. Er skizziert zunächst die Religionskritik von Feuerbach und Marx, der er ausdrücklich zustimmt: Gott sei eine menschliche Projektion unerfüllter Wünsche und Bedürfnisse, die mit bestehenden Herrschaftsverhältnissen versöhnen soll. Auch Freud sei beizupflichten, dass die Vorstellung der göttlichen Ordnungsmacht und Liebe einen Versuch darstelle, die positiven Erinnerungen der Kindheit in das Erwachsenenalter zu übertragen. Während Czasny die gesellschaftliche Funktion des Glaubens, bestehende gesellschaftliche Verhältnisse zu legitimieren bzw. sich mit ihnen auszusöhnen, scharf kritisiert, sieht er einen wesentlichen Aspekt religiösen Glaubens von der marxistisch-psychoanalytischen Kritik nicht erfasst: Die »Bewältigung der Endlichkeit unseres Daseins«.

In diesem Sinne deutet er auch die im Alten Testament enthaltenen Vorstellungen der Apokalypse als ein Mittel, dem »namenlosen Grauen« ein Objekt zu geben und es so in eine benennbare Angst umzuwandeln. Die Gotteshypothese sei

für die Erklärung »innerweltlicher Vorgänge« unnötig, ihre auch abseits bestehender Gesellschaftsverhältnisse vorhandene Hauptfunktion liege darin, »in jener Region Sinn zu etablieren, in welcher sich der vom menschlichen Subjekt konstituierte Sinn ‚der‘ Welt auflöst.«

Religion sei eine »Krücke für das Subjekt«, das eine Unterstützung bieten solle. Er unterscheidet dabei »Religionen mit und ohne Gott«. Während die »Religionen mit alles« (Gott, ewiges Leben, Paradies) mit Vorstellungen des Jenseits und des ewigen Lebens konkrete Tröstungen verheißen, würden die von ihm als »Religionen ohne Gott« bezeichneten Anschauungen »im Vergleich zu den davor erwähnten Hilfsangeboten mit vollem ‚Jenseitsschutz‘ eine weniger umfassende Unterstützung bei der Bewältigung...« bieten. Der naturwissenschaftliche Atheismus habe Ähnlichkeiten mit dem Gottesglauben, weil er auch der Illusion eines dinglich vorgestellten Jenseits anhängt, in dem er aber keinen Gott, sondern bloß Regeln und Gesetze der Natur vorfinde.

Die vom Autor vertretene transzendente Position grenzt sich mehrfach vom »Glauben« ab: Sie erkenne den Schimärencharakter eines »ewigen Lebens«, auch wenn die Denkgesetze diese Schimäre zwangsläufig erzeugen müsse. Sie lässt diesen Gedanken zu und reflektiert, warum sie entstehen, führt diesen »aber immer wieder zurück zu seinem Ausgangspunkt«. Anders als der Glaube gewährt die transzendente Position auch keine »Versöhnung mit dem Elend dieser Welt«. Die »Phantasie eines erst mit dem Tod einsetzenden eigentlichen Lebens« erscheine aus diesen wie aus anderen Aspekten attraktiver. Die Zweifel ob dies, sozusagen wider besseres Wissen, überhaupt möglich ist, diskutiert Czasny abschließend in einem fiktiven Gespräch zwischen »Immanuel« und »Pius«.

Der Griff zu diesem Buch lohnt sich, unabhängig von der eigenen Position zu den angesprochenen Fragen, in jeder Hinsicht. Czasny versteht es, komplexe philosophische Fragen verständlich und auch unterhaltsam anzusprechen, ohne sich dem »Vorwurf« populärwissenschaftlicher Vereinfachung auszusetzen.



Karl Czasny
DIE LETZTEN UDDINGE

Verlag Karl Alber
Wien 2014
328 Seiten

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

Ist Deutschland das bessere Österreich?

Deutschland macht derzeit – geht es nach Medien, Politik und vielen ÖkonomInnen – alles richtig: Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt, der Staatshaushalt weist einen kleinen Überschuss auf. In Österreich hingegen ist die öffentliche Stimmung mies: Die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit steigt und das Budget bleibt ein Problem.

Leidet denn plötzlich nicht mehr ganz Europa unter Deutschlands Schwäche, sondern wird das Land zum Erfolgsmodell, an dem sich alle anderen orientieren sollen? Ist Österreich abrupt von der Überholspur abgekommen und seine ManagerInnen jammern zu Recht über einen »abgesandten Standort«?


Über die letzten Jahrzehnte war die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs eine Geschichte des Erfolgs im EU-Vergleich, auch gegenüber Deutschland. Vor allem in den 1970er-Jahren setzte sich Österreich beim BIP pro Kopf vom EU-Durchschnitt deutlich ab und startete eine Aufholjagd gegenüber dem großen Nachbarn, der bald sogar überholt wurde. Deutschland litt hingegen in den 1990er-Jahren unter den hohen Kosten der wirtschaftlich missglückten Vereinigung und in den 2000er-Jahren unter der Umverteilung zu Lasten von Mittelschicht und Armen durch die Regierung Schröder.

Erst seit Beginn der Finanzkrise 2007 hebt sich Deutschland positiv von der darhenden Eurozone ab. Die Wirtschaftsleistung erholte sich relativ rasch, beim BIP pro Kopf konnte der Vorsprung gegenüber dem EU-Durchschnitt von 17 Prozent auf 24 Prozent ausgebaut werden. Allerdings besteht kaum ein Unterschied zu Österreich, das sich von 23 Prozent auf 28 Prozent verbesserte. Beide Länder profitieren von einer weniger restriktiven Budgetpolitik und einer besser aufgestellten Industrie, deren Produktionsindex heute um acht Prozent (Deutschland) bzw. zehn Prozent (Österreich) über dem Niveau von 2010 liegt (Eurozone: zwei Prozent).

Noch wichtiger: Deutschland war – in krassem Unterschied zu Österreich – in den letzten Jahren von der Demografie begünstigt: Die Bevölkerung im Erwerbsalter sank seit 2000 um mehr als eine Million, was eine deutliche Entlastung des Arbeitsmarktes mit sich brachte. In Österreich hingegen wuchs zwar die Beschäftigung ähnlich wie in Deutschland, die Bevölkerung stieg aber noch rascher (+350.000), was in steigender Arbeitslosigkeit mündete.

Mit zunehmender gefühlter Arbeitskräfteknappheit überwindet Deutschland nun eines seiner wichtigsten Probleme: Niedriglöhne hatten lange nicht nur die Sozialprobleme verschärft, sondern auch den Konsum gebremst und ein riesiges Importdefizit verursacht. Nun verstärkt der gesetzliche Mindestlohn den Lohnauftrieb, die Reallöhne je Beschäftigten steigen heuer um fast drei Prozent.

Das ist auch der wichtigste Grund für Unterschiede im Wirtschaftswachstum: Während bei uns die Konsumnachfrage stagniert, wächst sie in Deutschland um 2½ Prozent. Die Konjunkturerholung in Deutschland ist erfreulich, auch für seine Außenhandelspartner. Noch besser für alle wäre es, wenn auch ihre Ursachen adäquat analysiert würden: Nach oben geht es erst, seit die Löhne wieder steigen.

Österreich steht gut da, auch gegenüber Deutschland. Probleme im Bildungssystem, den föderalen Strukturen und wachsender Ungleichheit können selbstbewusst angegangen werden. Als störend erweist sich die miese Stimmung unter denen, die eigentlich etwas unternehmen sollten. Sie droht selbsterfüllend zu werden, wenn nicht investiert wird und innovativ auf die gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen reagiert wird. 

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien und
bloggt auf <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>

U4: Eigeninserat